

Roter Komet

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM. (halbjährlich 1 RM.) durch die Post bezogen möglich). 2 RM. (ohne Bezahlungsgebot). Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzahl: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzahl: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzahl: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzahl: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postleitzahl: Dresden Nr. 18690.

Ungelgenreis: Die neunmal gespaltene Sonnpareilleiste oder deren Raum 0,35 RM. für Familienangehörige 0,20 RM. für die Heimgezeile anschließend an den dreipoligen Teil einer Tafel 1,50 RM. Unteigen-Umfrage wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 7. Februar 1928

Nummer 32

Der Metallschiedsspruch aufgehoben!

Der Schiedsspruch in der sächsischen Hüttenindustrie vom Dresdner Arbeitsgericht für ungültig erklärt

Schafft eine einheitliche Kampfbasis!

Gestern wurde vom Arbeitsgericht Dresden, vor dem die Klage des Metallarbeiterverbandes gegen den Verband der Metallindustriellen auf Ungültigkeitsserklärung des am 29. Dezember 1927 ergangenen und vom Reichsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruch verhandelt wurde, folgendes Urteil verkündet:

"Es wird festgestellt, daß der Schiedsspruch vom 29. Dezember 1927 ungültig ist. Der Streitwert wird auf 5000 Mark festgesetzt."

Zu dem oben angeführten Urteil wurde eine mündliche Begründung nicht gegeben. Es ist anzunehmen, daß sich noch das Landesarbeitsgericht mit dieser Sache beschäftigen wird. Dieses Urteil des Dresdner Arbeitsgerichts hat außerordentlich weittragende Bedeutung. Damit ist nicht nur die Frage der Ungültigkeit des Schiedsspruches für die etwa 10 000 Stahlarbeiter in Sachsen, sondern gleichzeitig auch die Ungültigkeit der für verbindlich erklärten Hüttenarbeiterbeschlußsprüche in Rheinland-Westfalen neu aufgerollt worden. Wenn das Urteil nicht von den obersten Instanzen, vom Reichsgericht, aufgehoben wird, werden damit automatisch auch die am 13. Dezember für etwa 220 000 Hütten- und Metallarbeiter der nordwestlichen Gruppe in Rheinland-Westfalen gefällten Schiedssprüche ungültig.

Der Klageantrag auf Ungültigkeitsserklärung des Schiedsspruches rückt sich auf die ersten drei Punkte, die nach Überzeugung des Metallarbeiterverbandes gesetzwidrig sind und wodurch die Ungültigkeit des ganzen Schiedsspruches gegeben war. Zugleich mußte auch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Reichsminister bekämpft werden.

Die entscheidenden Punkte, die von der Vertretung der Arbeiterschaft als gesetzwidrig angesprochen wurden, sind die Bestimmungen über eine Stunde Mehrarbeit und über die Sonntagsarbeit. Durch den Schiedsspruch war festgelegt worden, daß für die Arbeiter in den Hammers- und Pressewerken, sowie in den festeinsehenden Walzstränen der Achtstundentag wohl als normale Schichtdauer gilt, daß jedoch eine Stunde Mehrarbeit gesondert werden kann, wenn es die wirtschaftlichen Verhältnisse erfordern". In welcher Weise die Unternehmer eine solche Formulierung ausnutzen, ist jedem Arbeiter nur zugut bekannt.

Diese Bestimmung, sowie der Absatz über die Sonntagsarbeit verstößen gegen die bestehenden Verordnungen des Arbeitszeitgesetzes. Die sogenannten Vorbereitungsarbeiten beim Schmelzprozeß in den Hüttenwerken wollten die Unternehmer nicht unter den Begriff produktive Arbeit fallen lassen. Sie bezeichnen den Beginn der produktiven Arbeit mit dem Abschluß, der laut Schiedsspruch um 19 Uhr zu erfolgen hat. Das Einsehen des Schmelzgutes, das 7 Stunden vor dem Abschluß erfolgt, erlaubt sie nicht für produktive, sondern für vorbereitende Arbeit. Der Abschluß selber nimmt nur eine Zeit von 10 Minuten in Anspruch, während die Vorbereitungsarbeiten mehrere Stunden in Anspruch nehmen und somit von einer Sonntagsruhe der Arbeiter nicht gesprochen werden könnten.

Dieses Urteil des Dresdner Arbeitsgerichts muß Veranlassung für die Metallarbeiter sein, durchzusehen, daß der Metallarbeiterverband nun mit allen Kräften den Kampf um den Achtstundentag und die reine 48-Stundenwoche in der gesamten Hüttenindustrie aufnimmt. Es darf nicht erst gewartet werden, bis andere Instanzen, die durch die Unternehmer bestimmt unter Druck gesetzt werden, versuchen, dieses Urteil rügängig zu machen oder abzuwenden. Die Hütten- und Metallarbeiter im Ruhrgebiet und in Oberschlesien werden diese Entscheidung in Dresden begrüßen. Es ist notwendig, daß die Hütten- und Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen in ihrem eigenen Interesse und aus Solidarität mit den kämpfenden Hüttenarbeiter in Sachsen den Kampf um den achtstündigen Arbeitstag sofort mit aller Energie und allen Konsequenzen aufnehmen.

Die ausgelerten Hüttenarbeiter in Riesa, Gröditz und Döhlen haben gezeigt, daß sie bereit sind, mit aller Entschlossenheit den Kampf durchzuhalten. Alle Voraussetzungen sind gegeben, daß diese Bewegung zu einer entscheidenden Niederlage der Hüttenbarone führen kann. Die gesamte Arbeiterschaft ist interessiert an einem erfolgreichen Ausgang dieses Kampfes, weil dadurch der Aufschwung zu den kommenden Auseinandersetzungen im Frühjahr gegeben ist. Die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes müssen sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt werden. Die Mobilisierung der gesamten sächsischen Arbeiterschaft muß nunmehr erfolgen. In öffentlichen

Versammlungen muß aufgezeigt werden, in welcher Weise der Ausgang des Hüttenarbeiterkampfes ausschlaggebend für die kommenden Tarifkämpfe in den wichtigsten Industrien ist. Von dem Druck der Mitglieder auf die Verbandsleitungen hängt es ab, ob es gelingt, die günstige Situation zur Schaffung einer einheitlichen Kampfbasis für alle Metall- und Hüttenarbeiter auszunutzen.

Sozialdemokratischer Appell an die "Klugheit der Metallindustriellen"

Zu den Verhandlungen, die für Mittwoch im Reichsministerium für den mitteldeutschen Konsort angesehen sind, schreibt der Vorwärts:

"Die Erwartungen der Industriellen, die Kommunisten würden die Streikbewegung der Metallarbeiter verpuschen, war teilweise richtig. Die mitteldeutschen Metallindustriellen sind am Ende ihres Lateins und daher hält der Reichsminister die Zeit für gekommen, Verhandlungen einzuleiten.

Wenn die mitteldeutschen Metallindustriellen klug sind und aus der Erfahrung etwas gelernt haben, kommen sie den Forderungen der Metallarbeiter gehörig entgegen."

Interessant ist aus dieser Stellung des Vorwärts, daß er einerseits feststellt, daß die Unternehmer am Ende ihres Lateins sind, statt aber daraus den Schluss zu ziehen, daß die Forderungen der Metallarbeiter restlos durchgesäumt werden müssen, appellieren die reformistischen Gewerkschaftsführer an das "Entgegenkommen" der Unternehmer. Deshalb gilt jetzt für die Streikenden erhöhte Alarmbereitschaft. Sie müssen die Gefahr erkennen und darüber wachen, daß der Kampf nicht zu einem überfaulen Kompromiß, vielleicht statt drei, vier oder fünf Pfennig Lohnhöhung, erdrostet wird. Sie müssen dafür eintreten, daß die Gewerkschaftsvertreter im Arbeitsministerium keine endgültigen Abmachungen treffen, sondern das Verhandlungsergebnis den Streikenden zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung vorgelegt wird. Kein Kampfaufbruch ohne restlose Erfüllung der Forderung von 15 Pfennig Lohnhöhung!

Arbeitergroßes zur Stärkung der Kampffront

Bei der Firma Schmidt, Halle, beschlossen die streikenden Metallarbeiter, den unorganisierten Kollegen von ihrer Unterstützung etwas abzugeben, und zwar zahlen sie wöchentlich entweder 50 Pfennig oder 1 Mark für einen Bond, aus dem sie selbst die Unorganisierten unterstützen.

Die Schüler der Reichsparteischule der KPD in Potsdam haben mit ihren Lehrern den Deutschen Metallarbeiterverband den Betrag von 40 Mark für den Unterstützungs fonds der ausgeworfenen Metallarbeiter überwiesen. Diese Solidaritätsaktion ist um so höher zu bewerten, als fast alle Schüler zur Zeit arbeitslos und ohne Einkommen sind. Sie haben trotzdem beschlossen, ihren Tageobligationszettel von 1 Mark einmal abzuführen.

Die gesamte Arbeiterschaft muß den Kampf in der Metallindustrie durch Solidaritätsaktionen unterstützen, damit das Unternehmen geschlagen werden kann.

Korruptionsgelder der SPD?

Die SPD in Halle hat bekanntlich ihren Mitgliedern, soweit sie streiken, 5 Mark pro Kopf gezahlt als Sonderunterstützung. Unter den SPD-Arbeitern besteht die Meinung, daß die Gelder hierzu aus einem Korruptionsfonds stammen. Verschiedene SPD-Kollegen haben die Annahme der 5 Mark abgelehnt; sie wollen wissen, woher das Geld kommt.

Im übrigen hat der Reichsführer des DAV in Magdeburg dem Vorstand der SPD in Halle, Schaumburg, heftige Vorwürfe wegen dieser Unterstützung gemacht. Er sagte: "Wir haben mit euren paar SPD-Leuten sonst wohl solche Gelder auszuzahlen, aber wir in Magdeburg sind dazu nicht in der Lage. Wenn eure Unterstützung in Magdeburg bekannt wird, führen uns unsere Parteigenossen die Bude ein und verlangen auch eine Sonderunterstützung."

Streitbrecher bei Anton Reiche?

Wie uns heute mitgeteilt wird, soll der Arbeitsschweiz litographisches Personal neu für Anton Reiche vermitteln, obgleich ihm bekannt ist, daß das alte Personal wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt hat. Gleichzeitig erfahren wir, daß ein Prinzipalgraph Tricke aus Niederscheld sich zur Lieferung von geschlossenen Steinen und Zinkplatten bereit erklärt hat, um so die Streitbrecherarbeit zu ermöglichen. Die Drucker von Anton Reiche werden wissen, wie sie sich solchen Maßnahmen gegenüber als klassenbewußte Proletarier einzustellen haben!

Arbeiterantwort auf SPD-Berat

Ein Berliner sozialdemokratischer Funktionär geht zur KPD, überzeugt durch die Noskepolitik des SPD-Polizeipräsidenten!

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtmeldung)

Die Rote Fahne erhält die Abschrift des nachstehenden Briefes, den sie in photographischer Wiedergabe zugleich mit dem Funktionsausweis des bisher sozialdemokratischen Briefschreibers veröffentlicht:

Berlin, den 5. Februar 1928.
An den Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Gelegentlich des zweiten Aufmarsches der Stahlhelmformationen im Frühjahr vorigen Jahres in Berlin stellte ich den Antrag, den damaligen Genossen Polizeipräsidenten wegen Be-



Jörgiebel's Faschistenclub attackiert Arbeiterdemonstranten
gärtigung staatseindlicher Organisationen aus der Partei ausgeschlossen. Das ist nicht geschehen; auch sein Vorleger und Amtsnachfolger hat es nicht für nötig befunden, das rote Berlin von diesem zweiten Aufmarsch der Faschisten zu befreien. Es haben sich im Gegenteil seine Polizeibeamten bei der Säuberung der Straßen, zum Beispiel der Schloßbrücke, in einer Art mit dem Gummimüppel betätigt, die beweist, wie weit das Noske-Schule gemacht hat. Mit erschreckender Deutlichkeit ist mit besonders heiter wieder zum Gewußtsein gelommen, daß alle

meine Bemühungen, durch meine Reserve revolutionierend auf die Parteigenossen zu wirken, scheitern müssen, so lange die Partei von bürgerlichen Führern und Bürokraten beherrscht ist. Es kann sie nur eines vor dem endgültigen Untergang retten:

Säuberung von Ihrer veralteten Führerschaft.

Von einem Revolutionär — der ich stets bleiben werde — kann man aber nicht erwarten, daß er länger einer Partei angehört, die das Erbe Bebels und Marx' verläßt. Ich scheide mit dem heutigen Tag aus der Partei des Programms und Prinzipienvertrags aus und verspreche euch:

Meine ganze Kraft gehört von nun an in die Reihen der KPD im Kampf gegen die Konterrevolution, die SPD.

Wilhelm Richter, Berlin-Steglitz.

Diese proletarische Antwort auf die Faschistenpolitik der sozialdemokratischen Staatsfunktionswaffe ist ein Wetterzeichen am innenpolitischen Horizont. Sie gewinnt dadurch besondere Bedeutung, daß sie zu einer Zeit erhebt wird, in der die Sozialdemokratie ganz kampfhaft, zum Zweck der Ablösungshilfe durch radikale Gesten und durch wütige Kommunistenhetze die proletarischen Anhänger über die Tatsache hinwegzutäuschen versucht, daß sie ihre Theatertrolle als "Opposition" über Bord wirft und unter dem Banner Noskes den Weg zur Großen Koalition ebnnet.

Dieser linke sozialdemokratische Arbeiter hat endlich den konterrevolutionären Charakter der Partei erkannt, die den Ruhm der Tradition der ersten deutschen Arbeiterpartei nur bewahrt, um die Theorie und Praxis des revolutionären Marxismus durch die reformistische "staatserhaltende" Faschis zu schleifen. Die Gummiküppel Jörgiebel haben die Illusion zertrümmert, die SPD wieder "revolutionieren" zu können. Dieser Proletar hat mit einem Uebertritt zur KPD die Konsequenz gezogen aus der Erkenntnis, daß die SPD wohl der richtige Platz ist für die "Altsozialisten" Wels, Müller, Scheidemann, Noske, Jörgiebel, nicht aber für austreite revolutionäre Klassenkämpfer, für die der Soz heilig ist:

Ich bin und bleibe ein Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft!

Die Demonstration des Bürgerblod-faschismus und ihre Lehren

1. Der vergangene Sonntag mit seinem Stahlhelmaufmarsch und den von den Kommunisten geführten Gegenstrebungen in den Arbeitervierteln und im Zentrum von Berlin gibt der ganzen deutschen Arbeiterklasse einige wichtige Lehren.

Die Kundgebung selbst war an ihren Zielen gemessen eine Niederlage. Eine Niederlage, wie der größte 8. Mai. Eine als Werbezug geplante Demonstration wurde zum Gegenteil. Sie wurde politisch vollkommen isoliert, sie konnte auch die gesetzlichen organisatorischen Ziele nicht erreichen, sie sollte doch der Schuhpolizei nicht, und gerade durch die Haltung der Schuhpolizei Jörgiebels wurde aus der Demonstration für den Stahlhelm unter der Führung der Kommunisten eine der glänzendsten Demonstrationen der Berliner Arbeiter für die rote Klassenfront.

Es wäre aber gefährlich, aus der mißglückten Kundgebung zu optimistisch falsche Lehren über die mangelnde Bedeutung des Stahlhelms in der gegenwärtigen Periode zu ziehen. Dass eine Bürgerblodgarde, wie der Stahlhelm, dieser Stahlhelm der Totschreiber, Füchsenmeute, Röntgen und Arbeitermörder in Berlin überhaupt, dass er in den Arbeitervierteln Berlins demonstriert kann, das ist sich trotz der Niederlage am 8. Mai zweifellos, wenn auch nicht sehr hoffnungsvoll, das muss gelingen, das muss die Arbeiterbewegte Arbeiterchaft sich vor Augen halten. Und nicht, dass die etwa 3000 kriegerischen Geschallen mit Auge aus der ganzen Umgebung in der Arbeiterviertelstadt Berlin keine impfenende Größe darstellen, oder — was niemand, insbesondere nach dem kontinuierlichen Jörgiebel-Stahlhelmtag, bezweifeln kann und niemand bezweifelt — dass diese Stahlhelmer nur dank des Schutzes der republikanischen Staatsmaschine sich öffentlich in Berlin zeigen dürfen.

Die kombinierte Aktion der sozialdemokratischen Bureaucratie und der faschistischen Gardes als Aufgebot der bedrohten Bürgerblodherrschaft auf der einen Seite und die revolutionäre Aktion als einzige wirkliche Gegenkraft unter Führung der KPD auf der anderen Seite, das kennzeichnet die Lage, und das muss die Arbeiter veranlassen, die richtigen Lehren zu ziehen.

Nach der politischen Niederlage des Stahlhelms vom 8. Mai wurde er, wurde seine Berliner Organisation von ihren Auftraggebern zum ersten Male jetzt am 5. Februar wieder auf die Straße kommandiert. Das Ergebnis dieser Demonstration, die eine Werbedemonstration sein sollte (und die infolge der zahlreichen Schwächen des Stahlhelms in Berlin, vereinfacht mit dem 8. Mai, in entsprechend geringerem Umfang sich vollzog), war genau das gleiche wie des Stahlhelmtages am 8. Mai. Wiederum kommt diese Stahlhelmgruppe nur dank der offenen Unterstützung der sozialdemokratisch geführten Berliner Polizei, und wiederum nur dank der mit der Sabotage der SPD, ADGB und Reichsbanner-Führung Berlins erreichten Indifferenz breiter Berliner Arbeiterschaften überhaupt, durch die Arbeiterviertel der roten Stadt demonstrierten.

Und wiederum wurde durch die Aktion der von den Kommunisten geführten roten Front die Demonstration in ihrer politischen Wirkung ins Gegen teil verändert, in eine Werbedemonstration gegen die schwarz-weiß-rote und die sie schützende schwarz-rot-goldene Front, in eine Werbedemonstration für die rote Front.

Welches war die Aufgabe des Stahlhelmaufmarsches?

Die unmittelbare Propagandaktion für die aktuellen Bürgerblodziele für die kommenden Wahlen und die Propaganda zur Freilassung der Kremmendorfer.

Die Demonstration sollte zweitens den Stahlhelm härten, eine Werbefunktion für diesen wichtigen Kader der kommenden Bürgerkriegsarmee, der kommenden Kriegsarmee der Trustkapitalisten und des deutschen Imperialismus sein.

Diese Aufgaben konnte sich der heute verhältnismäßig noch kleine Stahlhelm in Berlin stellen, weil er von vornherein der vollen Unterstützung des preußischen Staatsapparates, im besonderen der Berliner Polizei unter sozialdemokratischer Führung sicher war. Die Einheitsfront des Bürgerblods, der sozialdemokratischen Führung und der Faschisten gegen die revolutionären Arbeiter trat in Berlin in einem überaus eindrücklichen Beispiel in Erscheinung. Das ist auch die Gefahr des Faschismus von heute.

Der Bürgerblod selbst tritt dabei gar nicht in Erscheinung! Aber er gibt den Auftrag. Seine Interessen werden vertreten! In 5 Millionen deutscher Arbeiter stehen vor Kampf um ihre Existenz. Zehntausende in Mitteldeutschland sind schon im Kampf. Wen tuft das Trustkapital zu Hilfe? Gewerkschaftsleute von oben und Stahlhelmschreitbrecher von unten! Der Berliner ADGB hatte nicht mit einem einzigen Wort zum Stahlhelmaufmarsch Stellung genommen!

Weiter. Der Wahlkampf steht bevor. Dem Bürgerblod laufen, insbesondere in den großen Städten, seine bisherigen Anhänger aus den werktätigen Schichten in Haufen davon, die Bürgerblodkoalition selbst ist in fraktionellen Differenzen zerfahren — wer bringt da ein? Die Faschisten und die reformistische Bureaucratie!immer frecher treten, immer besser verfeindet mit Geldmitteln, Bölkische und Nationalsozialisten, treten die Stahlhelmgardes auf, zunächst zur Stimmungsfabrikation, wo sie sich schwach für weitreichende Ziele sind. Schwarz-weiß-rote Gardes hinein militieren in die Arbeiterviertel! Den Schuh wird schon die SPD-Bureaucratie befürchten! ist die Lösung des Bürgerblods, wo sie selbstständig nicht auftreten können. Die Berliner SPD-Bureaucratie hat im gegebenen Fall ihre Aufgabe kläglich besorgt. Die SPD-Presse, die täglich und spaltenlang ihre Heile gegen die Kommunisten betreibt, sond keine Zeile für eine Erwähnung des Stahlhelmaufmarsches. Die links-republikanische Berliner SPD-Leitung und die Reichsbannerführung führten noch schnell zwei Tage vorher eine republikanische Demonstration (im Halle Schmelzer) durch, um der erbitterten Stimmlösung der Arbeiter über die fortlaufenden Propagandafesten vor dem Sonntag ein Ventil zu geben. Über den Sonntag selbst kein Wort, am Sonntag selbst allerdings werden ganze Reichsbannerabteilungen nach bewohntem Rezept „ins Grüne“ gehüllt, das war die Rolle der Parteibürokratie. Den aktiven Schuh führte Jörgiebel persönlich angeführt, nom Jörgiebel-Esel aufgespannt, mit einer gegenüber dem 8. Mai noch gesteigerten blindwütigen Brutalität gegen die Arbeiterdemonstranten, trat sie zahlenmäßig härter als der Stahlhelm in Aktion. Was Noske in der Führung des Luther-Büros, was Hörsing und Stellung in der Reichsbannerführung bejogen, das führt Jörgiebel auf der Straße durch: die Vorbereitung der kommenden zugespitzten Klassenkämpfe, die Stärkung der kommenden imperialistischen Kriegsarmee. Eine Einheitsfront der Führer: Wilhelm Generalfeldmarschall, Hindenburg-Groener, Schnapsbrenner, Soddis, Nordmoor, Stefani, und die Sozialdemokraten Braun, Grünwald und Jörgiebel.

Dieser Einheitsfront gegenüber stand die rote Front!

Durch den rechtzeitigen Alarm gelang es den Kommunisten schon, der Aktion der Stahlhelmlinge das Überfallungsmonument zu nehmen. In kaum zweitägiger Vorbereitung, auf zwei kurze Auftritte der Roten Fahne hin waren tausende Berliner Arbeiter zur Stelle. In allen öffentlichen Straßenkundgebungen, in einer spontanen Massendemonstration vor dem Altmarschplatz des Stahlhelms, entlang der ganzen Demonstrationsroute und den zweimal von Arbeitern gefüllten Pustgarten herum und als Spiekhurenimpfen bei der Auflösung des Stahlhelmtages, standen die Massen und sangen die Internationale, bejubelten den Stahlhelm, brachen sie immer wieder in Entzückungsrufe über den Stahlhelm und seine Schutzmutter, die Jörgiebel-Polizei, aus. Ohne deren Überfallswagen, ohne deren, den Demonstrationen an Zahl überlegten Schopfett, ohne deren Gummiknüppel wäre der ganze Aufmarsch zu einem Spiekhurenlaufen geworden.

Und dies, obwohl diesmal wieder, und wegen der mangelnden Vorbereitungszeit noch weniger als am 8. Mai, die große

Masse der Berliner Arbeiter sich nicht aktiv beteiligte. Die große Masse, deren Sympathie allerdings ausnahmslos und unzweifelhaft für die rote Front zum Ausdruck kam, wo sie mit Demonstration und Gegenkundgebung in Verbindung trat.

Diese Passivität des „roten Berlins“ muss unterschritten werden.

Sie verschärft den tatsächlichen Erfolg der revolutionären Minderheit. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter sieht nun nicht die ganze Stahlhelmgarde, sie weiß nicht, daß ein Häuflein von zwei- bis dreitausend Klegetreibern, Streitbrefern, Offiziersruinen, Hohenlohernrechten und Arbeitermörder aus dem Hause, auch das muß gelogen werden, das trotz der Niederlage des 8. Mai seither um ethische Stärke aufgewappnet worden ist — sich morgen in eine gelähmte Faschistenarmee von vielen Tausenden verwandeln kann, wenn der gähnende Junct nicht rechtzeitig ausgetreten wird.

Die Berliner sozialdemokratischen Arbeiter sehen zweitens nicht, daß der Junct zum Brand werden muss, wenn er weiter Wind aus dem Blasbalg der „demokratisch-republikanischen“ Protektions-Politik der sozialdemokratischen Koalitionspolitik erhält.

Aber gerade deshalb ist der Erfolg der kommunistischen Gegenkundgebungen nicht hoch genug einzuschätzen. Der kommunistische Aufruf erreichte zwar noch nicht die Beteiligung der Mehrheit der Berliner Arbeiter zur Abwehr. Das war seine Schwäche. Aber die Gegenkundgebung, und das war ihre Stärke, die uns mit Juverficht erfüllen muss, erreichte.

1. aus neue die vollständige politische Isolierung des in keiner Kraft als Stoßtrupp durchaus ansehnlichen Stahlhelms einzulegen.

Das wird überbestimmt in allen Bürgerlichen Presseberichten und selbst im Stahlhelmsbericht festgestellt. „Meistens aus den Fenstern der Häuser heraus“ wurde der Stahlhelmaufmarsch abgelehnt, lobt der Lofataneur und gibt damit zu, daß die Straßen vollkommen unbewohnt wurden von den Soien. Alle Bürgerlichen Berichte sind voll über die Gegenkundgebungen der Kommunisten, die Ansammlungen usw.

2. die Einschränkung der Demonstration selbst. Die Berliner Montagospoß holt ausdrücklich fest: „Der geplante Weitermarsch vom Lustgarten zum Monbijouplatz wurde nämlich von der Polizei verboten, da in diesen Straßen starke Ansammlungen von Kommunisten waren. Die einzelnen Trupps der Stahlhelmsoldaten wurden unter polizeilicher Bedeckung nach den Bahnhöfen gebracht.“ (!)

3. Eine breite, überaus wirkliche Belehrung von arbeits-, ja hunderttausenden Arbeitern und Werktagen, daß sozialdemokratische Polizeikommandos, republikanische Staatsgewalt und Faschistische Führung nur verschiedene Instrumente der selben Bürgerblodregierung sind. Alle Berichte der Bürgerlichen Blätter unterstreichen solchenart; die Aktion der Polizei. Schlagzeilen wie „Stahlhelmparade unter Polizeischutz“ (M.R.). Trotz aller Zurückhaltung pflichter ausführlicher Hinweis auf die Durchsetzungsaktionen der Polizei, auf die Überläufe und Brüderlichkeit der Polizei füllen die Berichte. Aber sie geben naturgemäß nicht auch nicht einen Teil der Erbitterung wieder, die diese Aktion der Polizei im ganzen Aufmarschgebiet bei Parteiisten, bei Kleinbürgern und gut bei sozialdemokratischen Arbeitern ausgelöst hat.

4. Die Aktion der Kommunistischen Partei hat den Arbeitern demonstriert, daß eine erfolgreiche Abwehr der Bürgerblodprovokationen auch heute schon gegen den Staatsapparat, gegen die außerparlamentarischen Kräfte des Bürgerblods, gegen die Führer der Sozialdemokratie und gegen die Faschistische breite Arbeiterschaft möglich ist, ja, daß nur eine solche Aktion die Faschistische und damit das entscheidende Hindernis eines größeren Erfolges bringt. Wenn es am Morgen des 5. Februar mehrere tausend Arbeiter waren, salut nur Kommunisten und Kämpfer, die mit in den Demonstrationen aufmarschierten (mit Ausnahme des Wedding, wo schon am Morgen große Arbeiterschaften standen), so waren es am Nachmittag des 5. Februar tausende, die den Lustgarten und die benachbarten Straßen umsegelten und den abschiegenden, nicht mehr überall geschützten Faschisten noch einen Extra-Tankett mit auf den Weg gaben.

Wer Gelegenheit hatte, am Montag in den Berliner Zeitungen die Diskussion über den Sonntag zu hören, der wird begriffen haben, wie groß der revolutionäre Erfolg war.

Das sind die wichtigsten Lehren dieses 5. Februar und müssen jedem Arbeiter im ganzen Reich und insbesondere jedem Sozialdemokraten nähergebracht werden. Darum hinein, Proletarier, in eure rote Klassentrottel!

Wer gegen die Koalitionspolitik ist, hat keinen Platz in der SPÖ

Hinauswurf von 16 SPÖ-Arbeitern in Hamburg

In einem Brief an die KPD, SPD und ADGB in Hamburg haben 16 sozialdemokratische Arbeiter sich anlässlich der am 19. Februar stattfindenden Wahl zur Hamburger Bürgerschaft und Senat gegen die Fortführung der SPÖ-Koalitionspolitik ausgesprochen und die volle Auswertung der zu erwartenden KPD- und SPÖ-Mehrheit gefordert. Dieser Brief sozialdemokratischer Arbeiterschaft, die es nicht mehr ertragen konnten, daß seitens der Hamburger SPÖ-Führer Schindler mit den Interessen des Proletariats geirbt wurde, — daß man nach den letzten Wahlen schamlos die Mehrheit von KPD und SPÖ zugunsten der BDP und der Demokraten, denen die Mehrheit der Senatsstimmen zugestanden wurde, preisgegeben hatte, — dieser Brief hat die Hamburger SPÖ-Führer und ihr Organ, das Hamburger Echo in einem wahren Wutzuwall versetzt. Weil jene Arbeiter es wagten, eine Reihe von proletarischen Aktionen, wie Aktionstag, 25-Stundenwoche, Erhöhung der Löhne usw., in diesem Brief aufzustellen, und weil sie sogar wagten, die Auffassung der KPD „aus ihrer gründlichsten Einstellung heraus nicht in den Senat einzutreten, aber die Bildung eines SPÖ-Senats zu ermöglichen“, zu verstehen und demgemäß die SPÖ zur Auseinandersetzung eines Senats aufzufordern, — deshalb werden diese 16 sozialdemokratischen Arbeiter im Hamburger Echo in patzengangen Ausführungen als Verräter, Lumpen, Spiegelei der KPD und ähnlich beschimpft.

Und mangels anderer Argumente wird logisch gegen die KPD in einer Art und Weise gehobt, die deutlich das Ziel erkennen läßt, unter der hamburgischen Arbeiterschaft angesichts der kommenden Wahlen eine Pogromstimmung gegen die SPÖ zu erzeugen. Nur ein paar Beispiele:

„... Der Wahlgang vom 19. Februar wird und muß dem Potsdamer und Moskauer Faschismus in allen Ohren klagen... Solange das Rad in Moskau dem lämpelnden Pro-

letariat in jeder Stunde der Gescheh in den Rücken fällt, so lange wird das Proletariat gegen seine Feinde vergeblich kämpfen. Hamburgs Wahlkampf wird überschattet sein von den Gedanken der Abrechnung mit jenen Moskauer Reptilien, die bisher noch jeden Sieg des Proletariats in eine Niederlage des Proletariats verwandelt haben.“

Das schreibt jene sozialdemokratischen „Führer“, die täglich in Koalitionspolitik mit dem Todfeind des Proletariats, der Bourgeoisie, handeln. Das sind jene, die, wie jetzt beim mitteldeutschen Metallarbeiterkampf durch ihre reformistische Niederlagenstrategie der Bürgerblodregierung und dem Untergang in die Hände geraten, das sind die Befürworter einer neuen Kandidatur Noskes, des Januarschlägers für den nördlichen Reichstag.

Und — natürlich, in den Reihen der Noske-Partei ist für solche Proletarier, die nicht bedingungslos den Noske-Kurs des Vorortvorstandes mitmachen, kein Platz mehr. Das Hamburger Echo kommt daher am Ende seiner Schimpfanode zu dem Schluss:

„Es sei als selbstverständlich festgestellt, daß alle Sozialdemokraten, die sich durch ihre Unterstreich von der KPD haben missbraucht lassen, sich damit von selbst außerhalb des Sozialdemokratie gestellt haben. — In der Sozialdemokratie, auch darauf sei hingewiesen, hat immer größte Meinungsfreiheit geherrscht.“ (!)

Wie die „Meinungsfreiheit“ aussieht, das haben die Hamburger SPÖ-Führer durch den Hinauswurf dieser sozialdemokratischen Arbeiter, die im Interesse der Einheit, im Interesse der Arbeiterschaft Hamburgs ihre Befreiungskräfte machen, bewiesen. Die Hamburger Arbeiterschaft wird nicht versäumen, jenen SPÖ-Führern am 19. Februar eine proletarische Antwort zu geben.

Arbeiterpaß gegen Reformistentaktif

(Eigener Bericht des Komm. Pressedienstes)

Halle. Die Redaktion des „Klassenkampfes“ erhält folgenden Brief:

„Lüdersleben, den 4. Februar 1928.

Walter Genossen!

Die hiesigen Metallarbeiter sind äußerst empört über die Taktik der Bezirksleitung des DMV, die durch Köhler vertreten wird. Am 29. Januar war unser Tarif abgelaufen. Da wir auch zum mitteldeutschen Metallarbeiterverbandsbezirk gehörten, wollten wir uns sofort in die Kampftrossen von Halle-Magdeburg und Dessau einreihen. Alles Drängen auf den hiesigen Geschäftsführer blieb ohne Rücksicht. Auf Anruf sollte dann Köhler von Halle mit, daß er dem Schlichter empfohlen habe, ebenfalls nicht zu verhandeln, und zu warnen, bis die Bewegung in Halle-Magdeburg und Dessau beendet ist. Gegen diese unverständliche Taktik Köhlers protestierten alle Kollegen aufs Schärfste; auch die SPD-Funktionäre stehen auf unserem Standpunkt und verlangen, daß wir sofort mit in den Kampf gezogen werden. Die Forderung wird besonders durch den Umstand notwendig, daß unsere hiesigen Industriellen, wie es heißt, Aufträge von den bestreitenen Betrieben zur Durchführung übernommen haben. Außerdem stehen wir mit unserem Osttarif noch drei Wochen unter dem Hallese Tarif und müssen mit in den Kampf einzutragen, damit endlich mit den Spitzenarbeiter-Schlüsse gemacht und mit den Unternehmern Abrechnung gehalten wird. Die Kollegen wollen den Kampf, ihre Stimmung ist ausgezeichnet. Gebt uns bitte ausführlich Bericht über die Lage bei Euch im Bezirk.

Mit freigewerkschaftlichem Gruß

(folgen Unterschriften von DMV-Funktionären).“

Dazu berichtet der hallese „Klassenkampf“ noch, daß sich Hallese Metallindustrie nach Leipzig gewendet haben, um dort Aufträge unterzubringen. Dasselbe geschieht auch von Magdeburger Unternehmen.

Mit dem Reparationsagenten gegen die Arbeiter!

Das Schlagwort von den „unerträglichen Pakten der Sozialpolitik“ gehört zum Rüstzeug der Unternehmenskollektive, ebenso wie die demagogischen Angriffe auf die Schließungspraxis des Reichsarbeitsministers Brauns, der angibt nur die Arbeitserfordernisse einheitig berücksichtigt. Wie vor der Beratung des Beamtenbeoldungsgeleagues, so wird jetzt auch der Kronvolt der amerikanischen Bündnis in Deutschland, der Reparationsagent, zu Hilfe gerufen. In der Berliner Tagesschau vom letzten Sonntag fordert W. G. in einem Artikel „Gefahr in Vergleich“: „Der Reparationsagent mache es dem Reichsarbeitsminister einmal recht nachdrücklich klar, daß die deutsche Wirtschaft in dem

heutigen Stadien Lohnerschöpfungen und Arbeitszeitverkürzungen nicht verträgt“. Das sind die deutsch-nationalen Herren, die so gern von Revanche, von Fremdbesatz, das Maul vollnehmen, die zum Haß gegen den Feind hezen und gegen die „international verdeckte Arbeiterschaft“ töben. Wenn es aber wiederum Lohnerschöpfungen und Arbeitszeitverlängerung geht, rufen sie den Feind gern ins Land. Wo bleibt hier das Reichsgesetz und der Landesvertragsprozeß?

Ein Amnestiestandort

Der betrügerische Landrat Vogel begnadigt und pensionsberechtigt!

Was Liebenwerda wird gemeldet, daß der wegen Unrechts im Amt in allen Instanzen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilte Landrat Vogel durch Hindenburg amnestie begnadigt worden ist. Das Landratsamt aber ist, daß gleichzeitig das gegen Vogel eingezogene Disziplinarverfahren eingestellt und seine Bestrafung im Strafregister gelöscht worden ist. Vogel erhält dadurch seine Pension voll ausgezahlt. Man vergleiche mit dem Landesamt Amnestierung eines gewöhnlichen Betrügers, die Haltung der Justiz in Halle-Neustadt und man erhält ein drastisches Bild von dem Bürgerlichen Klassencharakter unseres republikanischen Justiz.

Die Reiß' blutet nicht mehr!

Regensburg, 6. Februar.

Die Dinge in Konnersreuth haben eine sensationelle Wendung genommen. In den letzten Wochen sind die regelmäßigen Kreisgottesdienste und Blutungen der Therese Neumann ausgeblichen. Bis auf die Stigmata sind die äußerlichen Wundmale verschwunden. Therese Neumann kann seit einigen Tagen wieder arbeiten, essen und trinken und ist frisch und munter.

Man nimmt an, daß die Bischöfe selber dem Kummel ein Ende gemacht haben, weil das Renommee der Kirche, zumal nach den Vorführungen des Bergmanns Paul Diebel, immer mehr ins Wanken kam.

Ermordung des vorunisierten Staatspräsidenten

Im Pariser wird die Meldung verbreitet, daß der Präsident der portugiesischen Republik am 6. Februar in Lissabon auf offener Straße ermordet wurde. In der Stadt sollen Unruhen ausbrechen.

Berantwortlich für Politik: Bruno Goldhamer, Dresden, für Lokales: Richard Spengler, Dresden — Presse: „Beobachtung“, Dresden.

Der Schiedsvertragschwindel Stresemanns

Von Walter Stoerker

Der Reichstag hat in der vergangenen Woche die Zustimmung Deutschlands zu der sogenannten Haftaufnahmeklausel des Sitzenden Internationalen Gerichtshofes im Haag beschlossen, die Stresemann bereits auf der letzten Völkerbundtagung unter großer pazifistischer Pressefahrt angeklagt hatte, um dadurch den „Friedenswollen“ und die „Friedensliebe“ Deutschlands zu dokumentieren. Der neudeutsche Imperialismus und seine Sozialdemokratischen Helfershelfer lieben es, die wahren imperialistischen Tendenzen des neuen Deutschlands unter möglichst vielen pazifistischen Redensarten zu verschleiern und zu verdunkeln.

Durch Schiedsgerichtsverträge soll der Völkerfriede gestärkt werden. Die Kriegsgefahr soll beseitigt werden durch die Erfahrung aller Regierungen, ihre Streitigkeiten nicht durch militärische Gewalt, sondern durch internationale Schiedsgerichte zu erledigen. So hören wir es aus dem Munde Stresemanns, Friedehards und des Deutschnationalen von Freitag-Vorinhovern, der sich auch noch stolz als Urheber der Zustimmung Deutschlands zu der Klausel des Internationalen Gerichtshofes im Haag bezeichnet. Natürlich ist dieses ganze Geschrei nach Schiedsgerichtsverträgen nicht anders zu werten als die heuchlerische Ausrüstungsromantik der Imperialisten und Militaristen.

Gewiß gibt es ehrliche Pazifisten und Friedensfreunde, die wirklich glauben, durch eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit die Kriegsgefahr beseitigen zu können. Diese Kreise gilt es, zu markieren, daß die Kriegsgefahr nicht durch eine derartige Quadratbereich und Friedenssturz gezeigt wird, sondern nur durch eine Belästigung und Überwindung der wirtschaftlichen Kriegsgefahren der kapitalistisch-imperialistischen Politik. Selbst wenn das Vulnerum der Kriegsrüstungen in der ganzen kapitalistischen Welt mit lauter wirtschaftlichen Schiedsgerichtsverträgen vollgestellt würde, wird dieses nur doch explodieren, wenn für die imperialistischen Mächte die sogenannten „Lebensnotwendigkeiten“ auf dem Spiel stehen. Dann werden, wie noch stets in der Kriegsgefahr, alle diese Schiedsverträge von den vom Krieg entlasteten Regierungen bedenlos zerrissen werden. Und 1914 wird es heißen: „Nur kennt kein Gebot!“ Poincaré hat das erst läufig in einer Rede in Bar le Duc so formuliert: „Überall soll man daran denken, daß der kleinste Funke, der irgendwo niedersetzt, einen neuen Brand entzünden kann, der alle Verträge und Friedenssicherungen verzehrt.“

Die arbeitenden Schichten dürfen sich deshalb über diese Schiedsgerichtsbarkeit keinen Illusionen hingeben, sondern müssen sich über die Werte derartiger Schiedsverträge klar sein. Die imperialistischen Räuber reden und schwärzen nur über die Schiedsgerichtsbarkeitsidee, um die Völkermassen irrezuführen und um sich um so besser für die nächste imperialistische, feigeristische Klassenunterdrückung vorzubereiten. Genau so, wie die heuchlerisch reden von der Abrüstung und im Wahrheit unzweckmäßig aufzulösen, genau so heucheln sie über Schiedsgerichtsverträge, um in Wahrheit geheime und offene Kriegsbündnisse und Kriegspakte abzuschließen. Die Imperialisten denken nicht an wirtschaftliche Schiedsgerichtsverträge. Ganzge auf den Dollarjäden lehnen Delonge erläutert, Amerika könne doch unmöglich von anderen Mächten dreinreden lassen; Chamberlain, der Vertreter des britischen Imperialismus, lehnt ebenfalls jede Schiedsgerichtsbarkeit für England ab. Stresemann aber hält sich in die Toga des Friedensapostels und erläutert sich in Genf für die Schiedsgerichtsbarkeit und führt in Oslo, als er sich den Nobelpreis holt, aus, er sei ein „glühender Anhänger“ der Schiedsgerichtsbarkeit. Man braucht die Friedensstrophe Stresemanns nur ein wenig zu lässen, und schon schaut der imperialistische Pferdefuß heraus. Denn alle bisher von Deutschland abgeschlossenen Schiedsverträge mit der Schweiz, Italien, Holland, Norwegen, Schweden und Finnland, wie auch jetzt der Gesamtentwurf über den Beitritt Deutschlands zum Internationalen Gerichtshof im Haag beschränken sich lediglich auf juristische, d. h. auf sogenannte Rechtsstreitfragen. Wenn die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit

aber überhaupt einen Sinn haben soll, so muß sie sich natürlich, und zwar obligatorisch, auf alle, d. h. auch auf alle politischen Streitfragen erstrecken. Dies aber lehnen die Imperialisten ab, selbstverständlich auch Stresemann, der sich in seinem der bisher abgeschlossenen Schiedsverträge dazu bereit erklärt hat, auch politische Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Fragen der „nationalen Ehre“ oder „Würde“, des nationalen Lebensinteresses usw. usw., sind in all diesen Verträgen ausdrücklich ausgeschlossen. Der neudeutsche Imperialismus lehnt durch Stresemann für alle diese entscheidenden Fragen nicht nur die obligatorische, sondern überhaupt jede Schiedsgerichtsbarkeit ab. Ist nicht noch immer in der Geschichte der kapitalistischen Mächte jede, auch die größte imperialistische Schurke mit der „nationalen Ehre“, „Würde“ usw. verfeindet worden? Der neudeutsche Imperialismus denkt nicht daran, sich hier irgendwie zu binden, sondern will hier offene Bewegungsfreiheit für seine Machtsentfaltung haben.

Es gilt also, die wirkliche Bedeutung des Beitrags Deutschlands zum Internationalen Schiedsgericht im Haag aufzuzeigen, die außerordentlich gering ist, da sich Deutschland dadurch nur verpflichtet, lediglich juristische Streitfragen durch diesen Gerichts-

hof erledigen zu lassen. Die deutschen Sozialdemokraten, die auf internationalen Kongressen große Beschlüsse für die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit fassen, unterstützen selbstverständlich auch diese imperialistische Haltung Stresemanns. Heuchelei wie von Freitag-Vorinhovern erklärten in der außenpolitischen Debatte ausdrücklich ihre Zustimmung zu der sogenannten Sicherheitszone der deutschen Regierung nach Prag.

Gegen diesen Schiedsvertragschwindel gilt es genau so zu kämpfen, wie gegen den Abrüstungschwindel. Unter der Firma von Schiedsgerichtsverträgen ist Europa überfüllt von Kriegsblößen; denn was sind die Schieds- und Freundschaftsverträge zwischen Frankreich und Polen, Frankreich und der Tschechoslowakei, Frankreich und Rumänien, Polen und Rumänien, Italien und Spanien, Frankreich und Jugoslawien, Italien und Albanien anderer als Kriegsplatze der imperialistischen Mächte, die bei den nächsten Kriegsplatzen automatisch wieder ganz Europa in den Krieg hineinzuziehen werden?

Die deutsche Arbeiterklasse hat deshalb alle Veranlassung, in ihrem Kampfe gegen den imperialistischen Krieg den wirklichen Charakter dieser Schiedsverträge aufzuzeigen und Stresemanns heuchlerische Schiedsgerichtsreden klar zu erkennen als bewußte Verschleierungsmasquerade des neudeutschen Imperialismus, der in Wahrheit natürlich nur daran denkt, sich politisch, ökonomisch und militärisch für den nächsten Krieg zu rüsten, um seine durch den Weltkrieg zurückgeworfenen Machtposition wieder aufzurichten.

Mieter heraus!

Von Emil Hölslein, M. d. R.

Heute, am 7. Februar, findet im Reichstag die zweite Versammlung des Abänderungsgesetzes zum Mieterbeschluß statt.

Der Bürgerblock will sein neues Attentat auf das Wohnrecht der Mieterchaft vollenden. Er weiß aus der amtlichen Wohnungszählung vom 16. Mai 1927, daß in Deutschland 1 Millionen Haushaltungen ohne eigene Wohnung sind. Er weiß, daß allein zur Unterbringung der jährlich neu entstehenden Haushaltungen 200 000 Neuwohnungen erforderlich sind. Er weiß, daß jährlich rund 50 000 Altwohnungen, weil baufällig oder gesundheitsgefährlich, abgebrochen werden müssen. Er weiß, daß zur Wiederherstellung der unzureichenden Wohnungsverhältnisse der Friedenszeit 10 Jahre lang mindestens 350 000 Wohnungen neu gebaut werden müßten. Er weiß, daß von 1919 bis 1926 nur 1 040 000 Wohnungen, darunter ein Viertel Viehhochmieten, neu geschaffen wurden, d. h. nur die Hälfte des laufenden Neubaus an Wohnungen durch Neubau gedeckt wurde, mithin die Wohnungsnott und das Wohnungselend von Jahr zu Jahr größer und unerträglicher geworden sind. Er weiß, daß nicht zuletzt infolge der fortgesetzten Mietsteigerungen Hunderttausende von proletarischen Familien obdachlos gemacht und in menschenunwürdigster Weise in Sälen, Turnhallen, Gaststätten, Schlafzimmern, euanstazierten Blechwagen zusammengepfercht und dem körperlichen, geistigen und seelischen Verkommen überantwortet wurden. Er weiß, daß viele Gemeinden mangels an Mitteln außerstande sind, die exmittierten Familien anderswo halbwegs menschlich unterzubringen.

Das alles weiß der Bürgerblock und seine Regierung. Wir Kommunisten haben es ihm zudem in den letzten Monaten unzählige Male in die sozialen Dächer Ohren gebläst. Die Mieterverbände haben es ihm in Hunderten von Protestschreiben immer aufs neue zu Gemüte geführt. Er blieb allem grausigen Elend zum Trotz hart und unerbittlich. Er pfeift auf die Mieter und ihr Missenland. Er hat ein Wohnungsprogramm und meint sich, eins aufzustellen und durchzuführen. Im Jahre 1928 wird sich das Wohnungndefizit erheblich weiter vergrößern. Der Bürgerblock fühlt sich als Knecht des Hauskapitals, das brutal gierig seine schamlose Mietwirtschaftlichkeit und Miltärfürstheit fordert. Im Wohnungsausschuß des Reichstages sahen die bezahlten Agenten des Hauskapitals, das ohne irgendeine Hemmung mit Terror und Korruption arbeitet, das Parlamentarien 500 RM für einen halbstündigen Vortrag zahlt, und ein Heer

von „Wissenschaftlern“ befordert, damit diese beweisen, daß die gesetzliche Mietbegrenzung und der Mieterbeschluß befehligen werden müssen. Neben beflockten Einpeitschern des Hauskapitals, dem Wirtschaftspartei Dr. Jörissen und dem Deutschnationalen Dr. Steiniger, pensioniertem Berliner Kämmerer, vielfachem Ausschätzat und Geschäftsführer von Grundstückspersonalagenturen, der sich im Wohnungsausschuß erfreute, sich als „Mieter“ vorstellten, führen die Leute der Deutschen und Bayrischen Volkspartei und des Zentrums, die teils aus „geißiger“ Verbündeten mit den Fleischplatten des Hauskapitals, teils aus durch vor hemmungslosem Terror der Hauskapitalistengruppen, teils aus Bürgerblocksolidarität u. Wahlangst, den Mietervereinen einen neuen Streit um den Hals legen. Am schlimmsten hervorgetreten hat sich bei dem diesmaligen Attentat auf die Mieter das christliche Zentrum, und an dessen Spitze der „Arbeiterführer“ Tremmel. Er hat zeitweilig sogar die Führung bei den verfeindeten neuen Verbündeten antragen gehabt. Das mag den christlichen Arbeitern und Mietern ganz eindeutig zum Bewußtsein gebracht werden.

Warum besteht das neue Attentat auf die Mieter? Dem Hauskapital soll das Kündigungsrecht zurückergeben werden. Warum? Angeblich um den Charakter des Privateigentums zu schützen. Aber hier schon mußten die Mieter vereinen einen neuen Streit um den Hals legen. Um schlimmsten hervorgetreten hat sich bei dem diesmaligen Attentat auf die Mieter das christliche Zentrum, und an dessen Spitze der „Arbeiterführer“ Tremmel. Er hat zeitweilig sogar die Führung bei den verfeindeten neuen Verbündeten antragen gehabt. Das mag den christlichen Arbeitern und Mietern ganz eindeutig zum Bewußtsein gebracht werden.

Der Bürgerblock legalisiert jetzt das bereits seit Jahren ohne gesetzliche Grundlage und rechtliche Wirkung gelöste Enteignungsverfahren des Hauskapitals den Mietern. Er gibt diesem Enteignungsverfahren jetzt den amtlichen Stempel in der Überzeugung, daß das mit dem Gerichtsstempel verschene und gerichtlich zugestellte Kündigungsschreiben die Mieter noch mehr als bisher veranlassen wird, sich der Willkür und dem Mietwucherwillen des Hauskapitals zu fügen.

Nach Annahme der Novelle wird es auf die deutschen Mieter Kündigungen regnen. Zwar soll die Kündigung nur erfolgen dürfen aus denselben Gründen wie die bisherige Aufhebungslage beim Mietschöpfgericht. Aber hier schon mußten die Hälfte aller Klagen von den Gerichten abgewiesen werden, weil sie unbegründet waren. Ein verlorener Prozeß macht aber immerhin viel Kosten. Eine Kündigung ist dagegen spottbillig. Erhebt der Mieter Wider spruch, so kann man es ja bei der Einschätzung durch die Kündigung belassen und braucht nicht zu klagen. Erhebt er seinen Wider spruch, so wird er zu räumen gezwungen, nötigenfalls mit Gewalt obdachlos gemacht, und dann kann man von dem neuen Mieter Abstandsummen, höhere Mieten und allerlei Sonderleistungen erpressen.

Die Einführung des Kündigungsschreibes für den Vermieter beim gegenwärtigen Zustand des Wohnungsmarktes ist direkt ein soziales Verbrechen. Sie ist eine moralische Spekulation auf die Unkenntnis, Unerschaffenheit und Angst breiterer Mietermannschaft vor der Obdachlosigkeit.

Sie wird unzählige arme Leute obdachlos machen, die Wohnraumschäden der Gemeinden riesig vermehren und das Elend der Obdachlosen weiter steigern.

Ein sachliches Argument für sein Attentat wußten weder der Bürgerblock noch seine Regierung anzufliegen. Ja, nicht einmal statistisches Tatzenmaterial, das den Abbau des Mieterbeschusses halbwegs plausibel erscheinen lassen könnte, legten beide vor. Die paar winzigen Materialstücke mußten der Regierung in harten Kämpfen abgetrotzt werden. Der neue Angriff auf die Mieter läßt sich eben nicht rechtfertigen. Er ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Mieter, auf deren Gleichgültigkeit und Dummmheit die Hauskapitalistengruppen handeln. Sie steht in Aufsichtsräten großkapitalistischer Gesellschaften, handelt an der Börse und verhandelt erst in den leichten Tagen die Phoebus-Filmgesellschaft an das Privatkapital.

Die Reichskreditgeellschaft hat auch diesmal gut abgeschlagen. Sie verteilt wieder 8 Prozent Dividende, wobei zu beachten ist, daß diesmal statt 30 Millionen 40 Millionen RM dividenberechtigt sind und die letzten 10 Millionen RM, die erst ein halbes Jahr im Betriebe gearbeitet haben, trotzdem die volle Dividende erhalten. Es werden kräftige Rückstellungen gemacht. Den Reserven werden 2 Millionen RM zugewiesen, 932 000 RM werden als Gewinnrest mit in das neue Jahr übernommen und der Aufsichtsrat bewilligte diesmal 123 000 RM als Tantieme gegen „nur“ 100 000 RM im Jahre 1926 und 33 000 RM im Jahre 1925. Die ganzen Geschäftspraktiken sind die gleichen, wie bei jeder anderen Bank, auch die Unübersehbarkeit der Gewinn- und Verlustrechnung, in der sämtliche Umlöten und Steuern in nur einem Posten ausgewiesen werden, weicht in keiner Weise davon ab.

Die Großbank im Reichs beschwirft nicht eine Sozialisierung des Kapitals, sondern die privatkapitalistischen Geschäfte dieses Bank des Reiches beweisen, daß sich Trustkapital und Staatsgewalt immer enger verschließen. Nicht umsonst führen Herr Conrad von Borck, der Führer der Berliner Metallarbeiter, und Herr Hermann Schmidt, Vorsitzendes des Aufsichtsrates, im Aufsichtsrat der Reichskreditgeellschaft. Das ökonomische Gewicht dieser beiden Herren wiegt weit schwerer, als das der Staatssekretäre und Seehandlungsdirektoren, die im Aufsichtsrat ihrer Kollegen sind.

Neue Zahlen über die schlechende Zeuerung

Seit Januar 1927 — 14,7 Prozent Preissteigerung

Die jüchen veröffentlichten Indexberechnungen der „Frankfurter Zeitung“ zeigen den Doppelcharakter der Entwicklung der Großhandelspreise während der letzten Wochen und Monate auf. Eine Reihe von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die maßgebend für die Konjunkturentwicklung sind und deren Preise nicht von deutschen Monopolen hochgehalten werden können, sind nicht mehr im Preis gestiegen, sondern zum Teil sogar noch etwas gesunken. Das bezieht sich vor allem auf die Preise von Baumwolle, Gummi, Leder usw. Dagegen sind die Fertigwarenpreise, besonders der industriellen Konsumgüter, noch weiter gestiegen. Deswegen hat sich der Großhandelsindex für Rohstoffe und Halbfabrikaten trotz der Besteuerung der Eisen- und Stahlpreise um 8 bis 10 Prozent, im Laufe des Monats Januar gegenüber Dezember nur um rund 1 Prozent erhöht (gegenüber Januar 1927 um 4,3 Prozent). Hierbei kommt allerdings die Eisenpreishöhung noch nicht in ihrer vollen Höhe zum Ausdruck.

Dagegen sind diejenigen Industriewarenpreise, die ausschließlich für die Bevölkerung der Konsumenmasse sind, unauflöslich, wenn auch nur „schleichend“, weiter gestiegen. Noch im Januar 1927 standen die industriellen Konsumgüterpreise „nur“ 50,9 Prozent“ über den Kriegspreisen (1913). Im Juni vorjähriges Jahres betrugen sie bereits 158,2 Prozent des Kriegspreises, im September 165,8, im Dezember 172,2 und Ende Januar dieses Jahres 172,9 Prozent des Kriegspreises. Seit Januar vorjähriges Jahres sind die industriellen Konsumgüter um 14,7 Prozent vertieft worden. Die Produktionsmittelpreise sind in dieser Zeit „nur“ um 4,5 Prozent gestiegen.

Während des Monats Januar hat sich das schwache Absinken der Preise für Exportgüter fortgesetzt (um 2,7 Prozent). Dagegen sind die Kleinhandelspreise für Lebensmittel auch im vergangenen Monat weiter gestiegen. Die neue Preisoffensive der Großhändler mit Unterstützung des Landwirtschaftsministers Schiele wird im Frühjahr, besonders auf Grund der dann abnehmenden Vorräte an Getreide und Kartoffeln, eine neue Steigerung der Agrar-Großhandelspreise herbeiführen; hierdurch wird die Besteuerung der Kleinhandelspreise für Lebensmittel abermals einen Anstieg bekommen. Es liegt also völlig im Interesse der Unternehmer, wenn die Bürgerblockslüder sich bemühen, mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer den Arbeitern möglichst langfristige Lohnabfälle aufzuzwingen.

Das Reich als Bankier

Die Reichsbank ist, entgegen ihrem Namen, keineswegs im Besitz des Reiches. Der größte Teil der Anteile gehört den Großbanken und ein anderer Teil wird frei an der Börse gehandelt. Es ist daher auch kein Wunder, wenn die Reichsbank, entgegen

der Reichskreditgeellschaft hat auch diesmal gut abgeschlagen. Sie verteilt wieder 8 Prozent Dividende, wobei zu beachten ist, daß diesmal statt 30 Millionen 40 Millionen RM dividenberechtigt sind und die letzten 10 Millionen RM, die erst ein halbes Jahr im Betriebe gearbeitet haben, trotzdem die volle Dividende erhalten. Es werden kräftige Rückstellungen gemacht. Den Reserven werden 2 Millionen RM zugewiesen, 932 000 RM werden als Gewinnrest mit in das neue Jahr übernommen und der Aufsichtsrat bewilligte diesmal 123 000 RM als Tantieme gegen „nur“ 100 000 RM im Jahre 1926 und 33 000 RM im Jahre 1925. Die ganzen Geschäftspraktiken sind die gleichen, wie bei jeder anderen Bank, auch die Unübersehbarkeit der Gewinn- und Verlustrechnung, in der sämtliche Umlöten und Steuern in nur einem Posten ausgewiesen werden, weicht in keiner Weise davon ab.

Sowjetisportler dürfen nicht nach der Tschechei

Der oberste Rat für Körperkultur der RSFSR meldete zu den internationalen Winterparties in Prag am 14. und 15. Januar d. J. vier Städte an. Ihre Einzelheiten in die Tschechoslowakei wurde ihnen jedoch von der tschechischen Regierung nicht gestattet. Das ist schon der dritte Fall einer solchen unerhörten Provokation seitens der Regierung, die von der FSP mit einer mächtigen Massenprotestkampagne beantwortet werden muß.

„Haupt“aufgabe der Dresdner Volksbühne: Eintrittskartenverbilligung

Es ist so! Wer den Verlauf der Jahreshauptversammlung, die Berichte und die Diskussion nüchtern verfolgte und sachlich das Ergebnis dieser Versammlung prüft, muß zu dieser Einsicht kommen. Nur manches Mitglied der DVB mag das beitrüblich sein, die proletarischen Mitglieder aber müssen mit verklärtem Geist Vorberichtigungen treffen, um Aenderung in Leitung und künstlerischem Kurs der Dresdner Volksbühne zu schaffen. Das ist das Ergebnis für diejenigen Schichten der Mitgliedschaft, die an der Umwandlung des „Vereins“ Dresdner Volksbühne zu einer proletarischen Kulturorganisation am stärksten interessiert sind. Schon in unserer Sonderabendausgabe nahmen wir grundsätzlich Stellung zum Wesen der Volksbühnenbewegung zu ihrem Zweck und Ziel, wie es von ihren Gründern (zu denen ein Franz Wehring gehörte) vor 30 Jahren eingehend dargelegt wurde. Das der damals dem proletarischen Klassenkampf dienenden Volksbühne ist mit der Verflachung der Arbeiterbewegung durch den Reformismus eine bürgerliche Bewegung geworden, denn auch in Dresden predigt man (in dieser Versammlung war es wieder der 1. Vorsitzende) sogenannte politische „Neutralität“, auch auf künstlerischem Gebiete. Was soll man zu einem Auspruch sagen, der in der Überzeugung gipfelt, „man müsse die nationalistische Tendenz der „Hermannsschlacht“ genau so wie den aufstrebenden „Hinsemann“ auf die Mitglieder wirken lassen, schließlich würden diese schon als erwachsene Menschen sich ein „Urteil“ bilden.

Wo bleibt hier der Gedanke der Erziehung dieser Mitglieder zu einer proletarischen Ausschaffung vom „künstlerischen Wert“ dieser „Werke“? Welche Positionen räumt man hier der Bourgeoisie ein, die das Theater befreit und in ihrem Interesse gegen das aufstrebende Proletariat奔奔? Aber es muß so kommen, wenn man seitens der DVB in den grundsätzlichen Fragen immer wieder in „toleranter Weise“ posiert und sich dem Willen der Theaterdirektionen fügt. Das Bürgertum drängt auch die Volksbühne immer mehr zurück und übt immer stärkeren Zwang auf die Ausgestaltung des Spielplans aus. Eine logische Folge dieser vortrichtigen, willentlichen, immer sich den Verhältnissen äggenden Politik der reformistischen Vertretungsmitglieder der DVB. Der Bericht des 1. Vorsitzenden ist der Beweis dafür, denn aus ihm geht hervor, daß sich die Verhandlungen mit dem Staatlichen Opernhaus, dem staatlichen Schauspielhaus und dem Albert-Theater immer schwieriger gestalten. Der von den Staatstheatern der Leitung der Dresdner Volksbühne zugehörige Vertragsentwurf bringt in mehrfacher Hinsicht bedeutende Verhälterungen. Aufställig erneut den Preisehöhungen für die einzelnen Karten das Recht einer Garantie für die Gewährung einer bestimmten Anzahl von Karten. Diese Frage bleibt offen! Aber darüber hinaus gewinnt eine andere wichtige Frage in diesem Moment ungeheure Bedeutung, und das ist folgende: Die Möglichkeit des Wirkungsbereichs der Stadt, die bei Volksveranstaltungen der DVB in den Staatstheatern gegeben werden, ist der DVB in einem geradezu katastrophalen Ausmaß durch eigentwileige Vertragslinsen genommen worden. Man kann sich ungesühnt vorstellen, was der DVB geboten wird, wenn ein kommender Leitungsmittel in der Direktion der Staatstheater einen offenen Monarchen sieht! Die Verwaltung der Staatstheater ist schon jetzt den Wünschen des DVB in bezug auf den Spielplan nicht nachgekommen; man bedenkt: bei Volksveranstaltungen nur für Volksbühnenmitglieder. Der Einfluß solcher Vorstellungen auf die Ideologie der Besucher ist groß und nicht zu unterschätzen.

Man muß sich über die Lage im DVB, seine Leitung und über die Zusammensetzung der überaus schwach besuchten Mitgliederversammlung genau im klaren sein, um zu verstehen, daß sich in der Versammlung kein Protest gegen diese Methoden der Leitung der Staatstheater der DVB gegenüber erhob. Die Macht position liegt bei den Staatstheatern – erkennt man verzichtet man auf den Kampf gegen diese Machtposition und – hilft sie dadurch noch seitigen. Man erblüht die Aufgabe der Dresdner Volksbühne eben nur noch in der

Organisierung eines verbesserten Kartenvertriebs“.

Das über das Albert-Theater und die „Komödie“ Gesagte vermag auch in diesen Räumen nicht vom Gegenleben zu überzeugen. Welch reformistisch-bürgerlicher Einfluß ist erkennbar, wenn man sich die Mitglieder der „Dramaturgischen Kommission“ vergleicht, die das „Geignete“ für die Mitglieder der DVB prüfen, beurteilen und auswählen sollen. Kann man von einem Wolfgang Schumann von der Dresdner Volkszeitung und dem Reichenberg Bergmann vom Dresdner Anzeiger etwa die Pflege proletarischer Kunst und die Auswahl dementsprechender Werke erwarten? Die Auswahl dieser „Sachverständigen“ kennzeichnet den künstlerisch-politischen Kurs der DVB in klarer Weise: Reformistisch-bürgerliche „Kunst“. Ein politisch neutraler Kurs, d. h. Darbietungen etwa wie „Hermannsschlacht“ oder vielleicht gar mal „Hinsemann“ werden wie bisher gepflegt werden. Wolfgang Schumann wird sich mit seinem Kollegen vom Dresdner Anzeiger tüchtig anstrengen, um diesen bürgerlich-hadern Kunstkreis (Hinsemann wird durch ihn erdrückt) ab und zu mit etwas aktuell-freiherrlichen und problematischen Erzeugnissen der „Junglinge“ des Theaterkritikertum-martes schmackhaft zu machen. Sicherlich! Aber auch dieses Bemühen wird den unaufhaltsamen innerlichen Zerfall der DVB nicht anhalten, wenn nicht aus den Reihen der proletarischen Mitglieder ein energischer Kurosumschwung in der DVB durchgesetzt wird. Eine ernste Mahnung an die Leitung der DVB sollte die Mitgliederbewegung sein. 30.000 Mitglieder 1925/26 – 20.000 Mitglieder 1928! Die Zahl der 10.000 verlorenen Mitglieder spricht eine beredte Sprache, und die Leitung sollte ernstlich prüfen, ob und in welchem Maße gerade die Verflachung des Volksbühnengedankens Ursache des Abgangs dieser Mitglieder gewesen ist. Gelegenheit dazu hätte die Versammlung geboten. Leider behutsigte sich der Vorstand gerade mit diesen Fragen in einer so ungünstigen Weise, ging den vermeintlichen Uralthen des Mitgliederchwundes in sehr einleitiger Art nach, so doch nach seinem Bericht auch in der Diskussion diese brennendste Frage absolut nicht behandelt wurde. Zur Theatertaktik der Dresdner Volksbühne im kommenden Jahre führt der Vorstand ungefähr folgendes aus:

Befriedigende Zusammenarbeit mit den Staatstheatern sei nicht zu erwarten. Ein Nichtigkeitsgegen auf Wände und ein Juristendrängen der DVB sei unvermeidbar. Man könne mit den Staatstheatern nicht so eng zusammenarbeiten, und mehr als bisher müsse man deshalb mit den Privatbühnen zusammengehen, da von den Staatstheatern nur 10 bis 15 Prozent der gemachten Versprechen gehalten worden seien. Im besonderen müsse man sich einlegen für die „Freiheit der Kunst“ (gegen links wahrheitlich – Piscator!). Der Vorstand sei Feind der Auseinandersetzung mit dem Bühnenverbund, man müsse mehr mit ihm zusammenarbeiten. (Eine Aufgabe, die Herren von der „Dramaturgischen Kommission“, als sich ja bekämpfen. Der Bühnenverbund wolle diesen Frieden nicht!) (Er ist bestimmt, die DVB-Mitglieder zu seinen Anhängern gegen den tollen „Hinsemann“ zu befehlern, während die Leitung der DVB getrennt der Parole

„Stillstand ist Rücksicht“

den – Frieden will! Von dieser Rücksicht der „Christlichen“ können die Herren von der DVB immerhin etwas lernen!) Kein Mensch weiß, wie sich die Dinge entwickeln würden, aber solange der jetzige Vorstand die Ehre habe, an der Spitze der DVB zu stehen, werde man jede neue künstlerische Form zur Diskussion stellen und die Devise

„Freiheit der Kunst“

als Leitfaden der Politik der DVB betrachten.

Gegen 20 Diskussionsredner sprachen zu den verschiedensten Mängeln des organisatorischen Gebahrens der DVB. Hatte schon der Bericht des Vorstandes wenig befreit, so die Ausprache noch weniger. Gerade hier kam drastisch zum Ausdruck, in welchem Maße die DVB in den Reihen der Mitglieder als

Institut zur Verfolgung billiger Theaterarten, aber nicht als Kampf- und Kulturorganisation der proletarischen Klasse betrachtet wird. Erst am Schluss der Debatte versuchte ein älteres Mitglied darauf hinzuweisen, daß man mit diesem jetzigen Vorstand keinen Hinterhalt bestimmt, für Angehörige der proletarischen Klasse einfach unerträglichen hausindustriellen Theaterstücke („Hermannsschlacht“) Schlüsse machen müsse.

„Gericetus Reg“ hände in bedrohlicher Nähe“

Niemand ging darauf ein. Schließlich wurde der alte Vorstand neu gewählt, und die Versammlung geschlossen.

Wir werden heute und morgen aus sprechen, was in der DVB geändert oder bereit ist worden zu sein. Der Aufgabe der Durchdringung der DVB mit dem Gedanken

Kunst als Klassenkampfsmittel müssen die proletarischen Mitglieder der DVB äußerste Aufmerksamkeit widmen. Es muß und wird gelingen, eine Volksbühnenbewegung auch in Dresden zu schaffen, die sich ihrer Aufgaben bewußt ist, „Kunst an sich“ als bürgerliche Zwecke innerlich überwindet und zu der Auffassung kommt:

Der Kampf um die Befreiung des Proletariats muß auch in der Theaterkunst Ausdruck finden, und, von der Volksbühne aus, alle scheinbar neutrale Kunst und ihre Verfechter oder rücksichtslos bestimmt werden.“

„Ein sterbender Löwe“

Hochwitz. Nach „ein sterbender Löwe“, um den Ausdruck der liegenden SPD-Bauanwesen zu gebrauchen, stand am Donnerstag vor den Schranken des Amtsgerichts in Pirna. Um es gleich vorweg zu nehmen: bei gefangen ist, daß dieses Kerlchen einen sehr eindrucksvollen Eindruck machte. Unter lädiertem Schlaganfall gelang es vier Zeugen jährlin ein — der fünfte wurde von ihm bestellt — und bestellte um weitgehende Schonung, sowie für seine zu erwartende Strafe 10 bis 15 Jahre Bewährungsstrafe. Das Gericht erkannte, auf den Vorwurf des Staatsanwaltes, nämlich weithinnde Milde walten zu lassen, auf insgesamt 1 Monate Gefängnis, wobei die Untersuchungshaft ab 7. Dezember 1927 anzusehen ist. Für den Rest der Strafe ab 7. Februar wurde auf drei Jahre Bewährungsstrafe erkannt. Warum schwieg über diese gerichtsnotorische nachgewiesenen Verfehlungen im Gemeindeamt Hochwitz bis SPD-Vorsteher? Nach den schönen Worten des Er-Vertreters Lehmann wohl gar, weil diese faulere Kunst nicht das eigene Nest beschmutzen will? Wohl — da muß man schon die Volkszeitung für Pirna vom 17. Juni 1927 zur Hand nehmen, um sich eins für allemal belehren zu lassen: Wir in Hochwitz haben es mit einer durch uns durch unehrliche und hinterhältige Führer der sozialdemokratischen Partei zu tun. Diese Erkenntnis muß in jedes Hirn der breitesten Arbeiterschichten von jetzt Tag für Tag eingepflanzt werden.

Frage Roth der Volkszeitung hat die Ueberschrift: „Unselbstamer“ (hierfür interessieren Sie die SPD-Leute immer ganz besonders — sie sind davon geworden, mit Schlamme zu handeln, verstecken es täglich im Trüben zu suchen und existieren ja überhaupt nur dort, wo es im Geiste finster wie die Nacht ist. Deshalb scheuen Sie auch das Licht — wie die Eulen — und lärmten und krächzen gegen Nacht und Sonne.) Dort schrieben Sie, daß langerdauernde Gerüchte in der Gemeinde umherlaufen. Das ist auch eine Spezialität der „aussehenden“ sozialdemokratischen Parteiwerber. Sie selbst verbreiten erst derartige Gerüchte, Gerüchte über ihren eigenen Parteigenossen. Sie sogar das Turnvereinkontor einschließlich der Ausbildungslager verpesten, sind den „Kämpfern für Wahrheit und Recht“ nicht zu Ohren gekommen. Sie werden sogar von den sozialdemokratischen Turnvereinvorständen der Mitgliedschaft gesellschaftlich und bewußt vorenthalten. Oder stimmt alles finanziell im

Turnverein — in der Rolle der Aufsichtsräte und im Stift „Mord“? Ist die Schilder vom „Mord“ — betitelt man mindestens ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter, lange lokale sozialdemokratische Goldpapiere — seit wann wütet ihr denn, daß euch einer Mitglied, der Beamtenanwärter „Ost“ die etwa 200 Schillen untergeschlagen hat? Wo blieb denn eure Reinlichkeit?

Als dann nichts mehr zu retten war, mußten Sie ihnen Ver einsaugust, ihren Spaziergängen und Sportgenoßen zusetzen. Und auch das machen Sie wieder gemein und schief, wie das von Degenerierten nicht anders getan wird.

Die Volkszeitung schrieb seinerzeit: „Warum hilft sich die Gemeindeverwaltung im Falle R. ins Schweigen?“ Hinzu steht die „solche verdrehten Karten lösen immer ein merkwürdiges Gefühl aus“. Heute, nach abgeschlossenem Verfahren, geben wir das alles zurück an jene Schreiber, jene Hochwitzer Ostergruppenleitung der SPD, an die ausgesprochenen und ausgeführten Demagogien, die noch heute die Nachteile der verläßigen Einwohnerschaft von Hochwitz ihr Unwesen treiben.

Diesen D. benutzten Sie, die Sozialdemokraten, lange genug für Ihre Zwecke. Um mit denselben Worten des infameierten Artikel zu sprechen, was er „die rechte Hand des Gemeindevertreters Böhme“ war, Es war der Schatten dieses Herren — allerdings ein sehr kleiner wie auch seines Herrn Seele.

Zu vorstehend muß noch gezeigt werden, wie es die Sozialdemokraten „machen“, das heißt drehen und lüften. Daß vor dem Verhandlungstermin über diese Verhandlungsfälle im bisherigen Sportausschuß Sitzung des technischen Ausschusses. Einige Funktionäre erwähnen, daß sie erwecktes sind und morgen am Donnerstag zur Verhandlung in Sachen D. nach Pirna gehen werden. Prompt erwidert darauf der Sozialdemokrat Gehaver: „die Sache D. läuft ja morgen gar nicht auf dem Amtsgericht. Ich habe den Gen. Lehmann, Gemeindebeamter, gestoßen und der hat mir gesagt, daß in Pirna gar keine Verhandlung wäre, sondern es würde nur das Protokoll für die Zeugen aufgenommen und das ist schon heute Mittwoch vor mittig gewesen.“ Auf diese „gerissene“ Art wurden verschiedene Richter davon abgebracht, dem Verhandlungstermin beizutreten. Und derselbe Lehmann schreibt in seinem Reib- und Mogenorgan damals: „Pirna wird die Einwohnerschaft davon unterrichtet, was in der Gemeinde los ist!“

Arbeiter! Die Augen auf. Die Sozialdemokraten treiben eine ganz verderbliche Politik hier in Hochwitz. Euch gegenüber, in der Gemeindevertretung, schämt sich einer wie der andere, ob er Sozialdemokrat zu bezeichnen. Dort rütteln Sie nur den Ausdruck, Sie seien Sozialisten. In Ihnen die Nachbarschaft Hochwitz ist unangenehm? Durchaus nicht. Nur nur auch wollen Sie sich mit derartigen Genossen nicht sehen lassen. Wir werden uns gegebenen Zeit noch weiter darüber und an anderen Orten sprechen. Zum nächsten Artikel werden wir zeigen, daß es mit der Klassenkunst halten und die Arbeiter in die Freiheit und Freiheit freien wollen. Merkt euch die Fälle, öffnet den freudigen sozialdemokratischen Arbeiter die Augen und reicht sie heraus aus der Front der Sozialsozialisten!

Freital. Von nördlichen Wanderheim in Hermsdorf i. E. teilt uns mit: Infolge des im Gebäude enthaltenen Kreosotversatzes — in den letzten Nächten ist wieder reichlich Kreosot gefallen — brennt unter Heim zur Zeit außerordentlich günstige Aufnahmefähigkeit für alle diejenigen, insbesondere für die Wochendienbler, die die Winterferien des Gebäudes genießen und die Sportmöglichkeiten noch auszunützen wollen. Rodelschießen und Schneeballschießen dem Heim zur Verfügung.

Bei einem vor Zeit stattfindenden Alterssus durch Freital-Schulkinder wird das Gelände unseres Wanderhauses als ganz besonders geeignet hervorgehoben.

Entgegen der Meldungen von einem übergroßen Andrang auf anderen Sportplätzen, wie Geising, Altenberg u. a. bietet unser Heim noch reichlich Gelegenheit zur Einkehr und Niedernachtung.

Karifatu

„Ich hab' kein Glück. Zuerst war alles gut, Sie sah auf meinem Auge und war ganz Glut. Dann ist sie mit dem Pierrot fortgezogen. Und ich, vor Wut, fing wieder an zu laufen.“

Und außer all der andern Schweinerei Einst noch ein mehr als elendes Gewissen! Ich wäre dieser Sonntag schon vorbei. Und ich und du, und dieses ganze Leben! — Ich höre auf, ich muß mich übergeben.“

H. Hesse

Wir leben in der Zeit, wo die Vergnügungen ein großes Fest sind. Am Sonnabend sollen es in Dresden „nur“ 20.000 Menschen über den übrigen „Vergnügungen“ gewesen sein. Alles will „sich amüsieren“ oder, wie es auch genannt wird, „ausleben“. Die einen gehen ins „Weltend“ oder in die „Anne“, das sind die armen Teufel — ins Savon, „Gaußlerweekend“ oder Karifatu gehen die anderen.

Als ich in der Straßenbahn fuhr, saßen im Wagen zwei kleine Mädchen und auf dem Vorderperron standen zwei junge, als leibhaftige Indianer angezogene Burschen. Alle freuten sich wie Kinder auf die ihrer handelnden Dinge. Das eine der Mädchen hatte sich als Schornsteinfeger verkleidet, die andere ging als Girl. Stark waren die Gesichter geschminkt, aber die Hälften in Wangen und Stirn und die nur zum Teil sichtbaren abgearbeiteten Hände zeigten deutlich genug, daß es keine reich Begüterten waren. Sie, die Tag für Tag in der Tretmühle des Kapitalismus stehen, deren Leben freudlos und einzig vergeht, sie leben sich, und sei es auch nur für wenige Stunden, nach „Leben“ ... In ihrer Unwissenheit äffen sie dem Treiben der Begüterten nach oder versuchen es gar, denen gleichzutun. All der viele Tanz und Flitter konnte mich nicht darüber hinwegtäuschen: Auch sie sind von der Unzufriedenheit der untergehenden Gesellschaft angekratzt! Langsam vollzieht sich der Untergang, und sehr schmerzvoll. Die Krankheitsercheinungen verbreiten einen pestilientlichen Gestank — die Parfümindustrie hat Hochkonjunktur!

Vor dem Künstlerhaus herrscht reges Leben. Autos rinnen heran, und die große, vergnügungshungrige Schar drängt, in schwere Pelzmäntel gehüllt, dem Eingang zu. Aber auch viele, darunter die meisten Künstler und die Freude spredenden schildenden Mädchen kommen, wie ich, mit der Straßenbahn angefahren ... Am Aufgang und an der Tür steht eine dicke Menschenmenge, neugierig, „was mag wohl drinnen los sein?“ Einigen sieht man es an, sie hätten gern teilgenommen. Die meisten wenden sich angewidert ab.

Der Eingang kostet „nur“ 20 Pf. Garderobe 1 Pf. 16 Pf. erhält ein Familienwarter. Erwerbslosenunterstützung, davon muß er eine ganze Woche leben ...

Sämtliche Räume des Künstlerhauses aber sind überfüllt. 3 Kapellen sorgen für Stimmung. Die Selbstzettel tun das übrige. Ein Glas kostet 1 Pf. Was mag eine Flasche kosten? Die Auslöschung der Räume ist gut, mir gefällt besonders ein Plakat mit der Aufschrift

„Zum Sumpf“

Es charakterisiert das ganze Fest. Was man für 20 Pf. geboten erhält? Die Damen strahlen — viel Fleisch ist zu leben ... Eine bekannte Dresden Dame antwortete mir auf meine Frage, ob ihr Mann auch anwesend sei: Das wäre ja pervers!

Interessant, das Publikum, das sich hier eingefunden hat. Zunächst die Honoratioren der Stadt. Auch Kreisbaupräsident Buck ist selbstverständlich zu sehen ... Kurzum, alles, was Geld hat, ist da ... und dann manche, die ja tun, als ob sie die anderen „veräppeln“ ...

Noch 1 Uhr nachts konnte man die Wirkung, die Seft und nacktes Fleisch hervorrufen, in den an kleinen Ecken so reichen Künstlerhaus beobachten. Um 3 Uhr eine „kleine“ Schlägerei zwischen einem bekannten „Linsengestellten“ Dresden Journalisten. Ein Obdachloser war das Ergebnis. Diese Art der „Unterhaltung“ soll sich später wiederholen haben. Warum auch nicht, wenn man unter sich ist und schließlich kommt ja etwas in der feinsten Familie vor ... Das ist sozusagen der Höhepunkt. — Dann betrachte ich eine Schar des sogenannten Künstlervolkshangs und frage mich: Was treibt sie hierher, was tun sie in dieser Gesellschaft? Werken sie nicht, doch sie sich selbst degradieren?

Persönlich viel, sehr viel Fleisch, in den Ecken „berauschende“, noch mehr berauschende „Damen“ und „Herren“ ... Es ist 4 Uhr morgens. Die Garderobenfrauen sind müde, lehnen sich nach Feierabend; sie erhalten für ihre Arbeit 50 Pf. die Stunde (in Worten: fünfzig Pfennig) ... die anderen amüsieren sich. Noch einige Stunden wird der Trubel gehen, der übliche Roter wird sich einfinden; rechniert wird der oder jener sich morgen zurückzurufen. Dann aber wird er sich zusammenziehen. Er wird wieder er sein. Heute, morgen, übermorgen und alle Tage könne ich ihn wieder sehen — den vor Gerechtigkeit, Moral und Sittlichkeit triebenden Bürger.

Mittwoch

Zentrum-Vielseite

Wenn irgend jemand auf Grund des Filmmittels annehmen sollte, hier das Wesentliche aus dem Leben der Artisten zu sehen, so beleicht ihm dieser Film eines anderen. Der Film darf nicht Anspruch darauf erheben, getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen, sozialen, künstlerischen Realität der Leute von der Manege zu sein. Wenn auch die Rolle des alten früher gespielten Trapeziators Manelli ein Verlust in der Richtung des Aufzuges wirtschaftlicher Schwierigkeiten der alten Artisten ist, vermag er dem Film noch nicht wirklich aufzufüllenden Charakter in dieser Hinsicht zu geben. Das war wohl auch nicht beabsichtigt. Eine für den bürgerlichen Film typischen Liebesgeschichten muß schlichtlich diesen „Artistenfilm“ über seine innere Welt hinwegführen. Die Rolle des Todesfahrers Cleopatra von A. Edith spielt, ist noch am lebenswahren.

Einen Kammermusikabend, der Werke der großen Romantiker Schubert, Schumann und Brahms brachte, veranstaltete der Verein Dresdner Volksbühne am Sonnabend, dem 4. Februar in der Aula des Bürgerschen Gymnasiums. Die Künstler boten gute Musik. Der Abend bedeutet einen wesentlichen Fortschritt in bezug auf den rein künstlerischen Inhalt der leichten Volksbühnenabende.

Beranstaltungen der Konzertdirektion Ries</

Arbeiterport

Fußballsport

Klöschke—Graupa 1:1 (0:1). Auscheidungsspiel. Komot—Jahn 5:2. BVB 12—Kleinwachau 5:0 (2:0). Freibad—Erdtsdorf—Bürgl 2:4 (1:1). Burgl—Bannenwitz 2:1. Kleinnaundorf—Weßling 5:5.

Nieders. Mannschaften: Helios 3—Schmitz 1:2:2. Heidenau 2—02 2:4:4 (abgebrochen). Heidenau 4—Jäschwitz 4:3:3. Komot 2 und 3 komb.—Brand 2:9:2. Dippoldiswalde 2—Postkappel 3:5:8. DSV 2—Brand 2:2:1 (abgebrochen). Neustadt 3—Jäschwitz 3:0:3. Kamenz 2—Senftenberg 2:5:4. Kamenz 3—Senftenberg 3:3:0. Burgl 2—Jäschwitz 1:1:5. Brand 2—Löbau 2:8:0. Brand 2—Komot 2:0:2. Burgl 2—Wurgwitz 2:0:2. Cotta 3—Klöschke 2:7:0. Deuben 3—Hödendorf 1:2:2. Deuben 2—Nadeberg 2:1:2. DSV 2—BVB 12:2:1:1. DSV 3—Dohna 2:7:1. Eintracht 3—Tölschn 2:1:2. Pischken—Friedrichstadt 3:1:0. Kleinnaundorf 2—Weßling 2:3:2.

Jugend. Helios 1—Neustadt 1:5:3. Postkappel 1—Pischken 1:4:2. Kamenz 1—Senftenberg 1:2:2. Klöschke 1—Löbau 1:7:1. Löbau 2—Heidenau 2:2:7. 01—Döhlen 1:1:2. Cotta 3—Postkappel 2:3:0. DSV 1—Jäschwitz 1:1:0.

Knaben. DSV 1—Riesa 1:1:0. Neustadt 1—Nadeberg 1:3:1. 01—Deuben 1:3:1.

Mittermannschaften. Komot—Eintracht 2:1. Löbau—Süd 3:1. Kleinnaundorf—Deuben 3:4.

Die Wintersportakademie in Norwegen und die RSG

Der norwegische Arbeitersportverband hat zu der Wintersportakademie neben den Sektionen der RSG auch die Verbände der RSG eingeladen. Der Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund hat auf die Einladung dem Verband folgende Antwort geschickt:

„Werke Genossen!

Wir haben dankend Eure Einladung zu der Sportakademie im Februar 1928 erhalten. Wir können Eurem Wunsche auf Zulnahme an der Sportakademie leider nicht entsprechen und bedanken.

Mit Freiheit

Arbeiter-Turn- und Sportbund
ges. G. Gellert.“

Diese Stellungnahme des Deutschen Bundes kann gleichzeitig als Stellungnahme der RSG betrachtet werden, ist doch Gellert Vorsitzender der RSG. Welche Gründe haben die RSG-Mitglieder dafür, um die Einladung unserer norwegischen Genossen abzulehnen? — Keine. Denn die Wintersportakademie ist keine „communistische“ Veranstaltung, damit sie sich auf die Helsingforser Belegschaft berufen können, und auch das Verhalten der norwegischen Sportler anlässlich ihrer Anwesenheit in Deutschland war insofern „einwandfrei“, daß sie nicht dieselben Maßnahmen ergreifen können, wie gegen die „nicht einwandfreien“ Rollen. Ferner hat der Helsingforser Kongress den Partei-Beschluß über die gemeinsamen Spiele der Sektionen der RSG und der RSG aufrechterhalten. Der norwegische Verband wird von den beiden proletarischen Parteien und von den Gewerkschaften unterstützt. Wie können also die Reformisten ihre Haltung den norwegischen Arbeitersportler beantworten? — Sie können, wie es aus dem Briefe von Gellert hervorgeht. Auf Anfragen der deutschen Arbeitersportler, die im Februar nach Oslo zur Wintersportakademie fahren wollen, werden sie jedoch gewünscht, ihre Abstimmung offen auszusprechen.

Der Arbeiterwintersport im Thüringer Wald erstartet mächtig

Das Bezirkswintersportfest in Neuhaus am Rennweg nahm bei herrlichem Winterwetter in allen Teilen einen glänzenden Verlauf. Über Erwarten starke Beteiligung an den Wettkämpfen, besonders am Springen, gegen 1000 Zuschauer an der Sprungschanze! Die Sprungleistungen von der Schanze bei Igelsbüch haben die dort von den bürgerlichen Kanonen gezeigten Leistungen erreicht. Bei den Läufen imponierten vor allem die Sportlerinnen und Schüler. Letztere in ihrem Element zu beobachten war eine Freude. Die Sportler und Jugendlichen ließen sehr gute Zeiten. Gutes Training, Enthaltsamkeit und richtige Lauftechnik gaben den Ausschlag. Ergebnisse: Sportler 12 Kilometer, 280 Meter Steigung: 1. A. Jahn (Neuhaus) 53:03 Min., 2. Eichel (Ilmenau) 57:29 Min. Jugend 8 Kilometer: Neuhaus 44:47 Min. Sportlerinnen 3 Kilometer: E. Müller (Neuhaus) 18:20 Min. Am Springer erhielt die heile Note M. Köhler (Steinheid). Vorzügliche Sprunghaltung zeichnete den Springer aus.

Die Spaltungarbeit der Sozialdemokraten im ALuS

Wir übermittelten der Arbeiteröffentlichkeit das folgende Dokument der sozialdemokratischen Spaltungskonferenz im ALuS, das von der Bezirksleitung des ALuS in Znain gegen eine Zusammenhaltung angenommen wurde: „In den Arbeiterturnverein Neuhaus in Grubbach. Die am 4. Januar d. J. in Anwesenheit zweier Kreisvertreter stattgefundenen Bezirkskonferenz, in welcher bis auf Grubbach und Grafsdorf alle Vereine vertreten waren, hat sich auch unter anderen mit dem Verhalten Eures Vereins gegenüber dem Bezirk und der turnerischen Disziplin überhaupt beschäftigt, und ist nach reißsiger Ueberlegung zu dem Beschlusse gelangt, Euren Verein aus dem Bezirksverband auszuschließen. Die Gründe, die die Bezirkskonferenz zu diesem Beschluss bewogen, sind folgende: 1. Die Verschließung Eures Vereins, das Bezirksturnfest zu sabotieren. 2. Eure läufige, auf das Bezirksfest sich beziehende Schreibweise in der kommunistischen Arbeiterzeitung, und endlich, um Eurem Wunsche, sich den RVT anzuschließen, nachzukommen. Um weiteren teilen wir Euch mit, daß Euer Verein für das laufende Jahr 1927 noch folgende Rückstände zu begleichen hat: 285 Betriebsmarken zu 1 Krone, 20 Schülerkarten zu 3 Kronen und 5 Aufsichtsratsmarken zu 1 Krone, zusammen 380 Kronen. Es ist dies Kreis- bzw. Bundesgut, auf dessen Bezahlung der Kreis unbedingt beharrt. Die Bezirksleitung des ALuS des Saarmer Bezirks.“

Die Gründe für den Hinauswurf dieses Vereins aus dem Verbande sind direkt bei den Haaren herangezogen. Direkt erfolgen ist die Behauptung, der Verein habe die Absicht, der RVT beizutreten. Es geht natürlich um einen Verein, in dem die Funktionäre Kommunisten sind und der zu seinem Vereinsfest beide Arbeitersparteien und die RVT einlädt, sich somit nicht zu einer Hilfslage der Sozialdemokratischen Partei machen lassen wollte. Das nennen die sozialdemokratischen Spalter Verleumdung der Disziplin. Die Grubbach Arbeiterturner, über deren Hinweiswurf sich die Arbeiterturner des umliegenden Orte Grafsdorf, Schönau, Pröbitz und Böhlitz empören, werden selbstverständlich gegen diesen Ausschlag an den Bundesvorstand appellieren, und dieser wird zu zeigen haben, ob er mit dieser willkürlichen Spaltungstätigkeit einverstanden ist, oder ob ihm mehr an der Geschlossenheit und Stärke des ALuS gelegen ist, dessen Position durch solche Maßnahmen der sozialdemokratischen Parteibureaucratie im schwarzen Südmähren nur erschüttert wird.

Olympische Knochenstücke

Beim letzten Olympia-Vorbereitungsspiel der deutschen Nationalmannschaft gegen Norddeutschland gingen die in ihrem Ehrengala in der üblichen Weise stark aufgetriebenen Spieler derart hart an den Mann, daß eine Anzahl von ihnen verletzt vom Spielfeld musste. Ein anwesender Journalist rief aus: „Noch ist ein Spiel und wir haben unsern lärmischen Olympiastandarten im Krankenhaus!“ Wenn es schon bei den Übungsspielen unter sich so aussieht, da kann man sich in Amsterdam bei den Spielen gegen die Ausländer auf allesamt gesetzt machen. Vielleicht erwacht der Deutsche Fußballbund, einen Vorsatztag mit nach Amsterdam zu nehmen.

Vereinsnachrichten

Der diesjährige Bundesitag der Arbeiter-Spartanisten findet in Nürnberg statt. Am Mittwoch den 8. Februar findet deshalb eine wichtige Mitgliederversammlung im Volkshaus statt, die hierzu Stellung nimmt. Es wird erlaubt, vollständig zu erscheinen. Sämtliche Gruppenanschriften sind jetzt zu richten an Genossen E. G. J. Dresden, 0. Altenstraße 2.

Turnerschaft Pischken, Abteilung Turner. Am 7. Februar nach dem Turnen 21 Uhr bei Polters Monatsversammlung.

Bereits für vollständigen Wasserhose, Bootsausstellung. Mittwoch den 8. Februar Jugendversammlung in der Geschäftsstelle, Ritterbergstraße 2.

RSPD / Bezirk Sachsen / Sekretariat
Wohlfahrtsgesellschaft, Mo. 10., Dresden-Z.
Gothastraße 9, Tel. 2603 / Versammlungen müssen spätestens drei Tage vor dem Eröffnungstag im Sekretariat gemeldet sein. Zusätzlich in allen Arbeitertagen jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr.

Kommunistische Genossenschaft! Sonntag den 12. Februar 9 Uhr wichtige Sitzung im Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Petersstraße.

Achtung! Sprechchor!

Alle Stadtteile schicken in den Sprechchor für die Märkte am 18. und die Internationale Frauenwoche je vier Genossen und zwei Genossinnen. Probe am Donnerstag dem 9. Februar 19:30 Uhr im Bürgergarten, Löbau.

Dienstag den 7. Februar:
Neustadt. 19:30 Uhr in Bergers Restaurant, Ecke Arndt-Reuter- und Hirschstraße. Frauengruppe Löbau. Kollegin Krummeck spricht über: „Arbeitertum und Frauen in Sowjetrußland. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste mitbringen.

Mittwoch den 8. Februar:
Stadtteil 2. Alle Genossen, die in der 2. Abteilung organisiert sind, müssen im Brandenburger Hof erscheinen. Johannastadt. Freitag D. Verammlung im Schweren Geschäft, Taborberg, 19:30 Uhr.

Klöschke. Mitgliederversammlung im Restaurant Fissel 20 Uhr. Bannenwitz. Mitgliederversammlung im Gasthof Bannenwitz 19:30 Uhr.

Donnerstag den 9. Februar:
Sprechchorprobe 19:30 Uhr im Bürgergarten. Johannastadt. Frauengruppe im Holländischen Hof, Taborstraße, 19:30 Uhr. Thema: Die SS 218/19 als Klassenparatropfen.

Striesen. Versammlung im Reit. Dörflick 19:30 Uhr. Penzen. Versammlung im Gasthof Leuben 19:30 Uhr. Gittersee. Versammlung in der Reithochschule 19:30 Uhr.

Kommunistischer Jugendverband

Mittwoch den 8. Februar:
Neustadt-Ost. Gruppenabend im Kamerad, Oppelnstraße. 19:30 Uhr. „Opposition in der RPSU.“ Gäste willkommen.

Johannastadt. Gruppenabend bei Frommholz, Goethestraße 7, 19:30 Uhr. Thema: Kirche und Staat in Deutschland und Sowjetrußland.

Johannastadt. Kreis Gewerkschaftsjugend in der Silbermannschule, Zimmer 3, 19 Uhr. Die Entstehung des Betriebsrätegesetzes. Alle KJ- und KJ-Genossen erscheinen plötzlich.

Donnerstag den 9. Februar:
Achtung! Sprechchor! Alle am Sprechchor interessierten Genossen und Genossen kommen zur Probe 19:30 Uhr im Bürgergarten.

Cohmannsdorf. Versammlung bei der Gen. Diesel, Kolonie, 19:30 Uhr. Thema: Das Mädel in der kommunistischen Jugendbewegung.

Wiederholungs-Schallmeien-Konzert

Sonnabend, den 11. Februar im

Gasthof Krille, Freital-Döhlen

Anschließend Ball / Einlaß 18:30 Uhr / Konzertbeginn 19:30 Uhr / Eintritt 50 Pfennig Erwerbslose gegen Vorzeigung der Karte 30 Pf.

Amtliche Bekanntmachungen

Freital

1. Gewerbesteuerverklärungen

Die Steuererklärungen für die Veranlagung der Gewerbesteuer auf das Rechnungsjahr 1927 sind bis zum 15. Februar d. J. unter Benutzung der vorgeschriebenen Vorbrücke bei dem Städtesteueramt einzureichen. Soweit den Unternehmen ein Vorbrück noch nicht zugegangen sein sollte, sind Formulare hierzu im Städtesteueramt zu entnehmen. Auger denjenigen Handels- und Gewerbetreibenden, die bereits zur Einreichung einer Erklärung durch Zustellung eines Vorbrückes besonders aufgefordert worden sind, haben eine Steuererklärung einzureichen:

a) Inhaber von Betrieben, deren Ertrag im Durchschnitt der letzten drei Betriebsjahre den Betrag von 8000 RM übersteigen hat oder

b) deren Ertrag auf Grundlage des Abschlusses der Bücher zu ermitteln ist.

Wer die Frist zur Abgabe der Steuererklärung versäumt, kann durch Geldstrafe zur Abgabe der Erklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 Prozent der festgestellten Steuer auferlegt werden.

2. Hundesteuer

Am 1. Februar d. J. war der 4. Termin Hundesteuer für das Rechnungsjahr 1927 fällig. Die Steuer ist bis spätestens zum 15. d. M. an die Städtesteuerämter bei Vermeidung der zwangsweisen Einhebung zu entrichten.

3. Kirchensteuer

Am 15. d. M. ist der 4. Termin Kirchensteuer für 1927 fällig. Bei die Errichtung der fällig gewesenen ersten drei Termine, soweit die Steuererbrüche sich noch im Rückstand befinden, wird hiermit allgemein erinnert. Mit dem fassenpflichtigen Mahn- und Beiteiligungsvorfahren wird demnächst begonnen werden.

Not der Stadt Freital, Steueramt, am 3. Februar 1928.

Verband für Freidenkertum u. Feuerbestattung Meißen

Freitag, den 10. Februar 1928, 19:30 Uhr, in der Geibelburg

öffentl. Lichtbildervortrag

110 Bilder Tut-en-ch-Amun (ein ägyptisches Königgrab) 110 Bilder

Referent: Genosse Laube, Leipzig

Karten im Vorverkauf 50 Pfennig, an der Kasse 60 Pfennig. Vorverkauf im Büro der Metallarbeiter sowie bei den Funktionären.

Fahrrad-Emaillierung in bester, haltbarster Ausführung in der Lackiererei MEYER, Pröbes 5 r. G. S. Arbeiter zahlen Händlerpreis.

Jung-Spartakus-Bund

Mittwoch den 8. Februar:
Neustadt-Ost. Gruppenabend im Altengarten, Altenstraße 51. Thema: Wo schlagen wir unter diesjähriges Herrenloge auf? Pioniere erscheinen pünktlich!

Roten Frontkämpferbund

Dienstag den 7. Februar:
Kapelle Neustadt, 19:30 Uhr Übungskunde im Rest. Elbflorenz. Mittwoch den 8. Februar:
Ortsgruppe Heidenau, 19:30 Uhr, im Deutschen Kugel-Versammlung mit Gästen. Die Arbeitsgebieterversammlung vom 12. fehlt aus, dafür am 19. 2. 9 Uhr.

Donnerstag den 9. Februar:

Abteilung 3, 19:30 Uhr im Adlers Vereinshaus, Blasewitz. Abteilung 4, 19:30 Uhr im Kamerad, Oppelnstraße. Kapelle hat mit Instrumenten zu erscheinen.

Note Jungfront

Groß-Dresden. Abteilungen 7 und 10 Material abholen. Jeder Bildungsobmann der Abteilung hat bis 8. Februar die Wandzeitungen im Gaubureau vorzulegen.

Mittwoch den 10. Februar:

Abteilung 2. Bei Schirmer Abteilungsversammlung. Abteilung 4. 19:30 Uhr im Kamerad, Oppelnstraße, gemeinsamer Gruppenabend mit KJ. Thema: „Die Opposition in der RPSU.“ Alle Kameraden müssen erscheinen.

Donnerstag den 11. Februar:

Abteilung 4. 20 Uhr bei Müllers, Oppelnstraße. Es müssen alle Kameraden, die zur Generalversammlung und zum Appell gefehlt haben sowie die Funktionär erscheinen.

Note Frauen- und Mädchenbund

Achtung! Sprechchor!
Alle Gruppen sind verpflichtet, mindestens je fünf Genossen für den Sprechchor für die Internationale Frauenwoche im März freizustellen. Eine Probe am Donnerstag dem 9. Februar im Bürgergarten, Löbau, 19:30 Uhr. Die Genossinnen sind für diese Zeit von jeglicher anderen Partizipanz zu befreien.

Mittwoch den 12. Februar:

Abteilung 1. 20 Uhr im Clemmingshof, Clemmingsstraße, zuerst wichtig Versammlung. Referat des Genossen Hellmuth über: Was will der Jungspartakusbund? Pflicht einer jeden Genossen ist, pünktlich zu erscheinen.

Abteilung 3, Striesen. 19:30 Uhr in der Edtugel, Markgraf Heinrich-Platz, Versammlung. Vortrag der Genossin Martha Krieger. Gäste mitbringen!

Abteilung 4. 19:30 Uhr Mitgliederversammlung im Kinderheim. Erreichen aller Mitglieder ist Pflicht. Quartierkommission hat vollständig zu erscheinen.

Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung E. B.

S

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

B

BLUMEN FÜR FREUD u. LEID
G. GOHLICH
Gartenanbau / Blumenhalle 63288

Zigarren, Zigaretten, Tabake
Willy Krause
Hauptstraße 27 Bahnhofstraße 63290

Musik- und Tabakwaren
GEORG HIPPEN, Hauptstraße 9 63292

Konditorei
Paul Israel, Hauptstraße 60 63288

Spezialhaus für Herrenmoden
Franz Richter & Sohn, Hauptstraße 60 63292

Fleischerei
J. Purschwitz, Hauptstraße 63292

LEBENSMITTEL
Schackert, Hauptstr. 63292

Dampfbäckerei
Max Schreiber, Mühlstraße 18 63296

METROPOL-LICHTSPIELE
Fahrendes Haus am Platz 63298

Kaufhaus Wernicke
Röderstraße 1
bekannteste Begegnungsstelle 63299

Lebensmittel
Elsa Klemann, Schillerstraße 34 63299

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
H. Scheinig, Mühlstraße 23 63297

Hotel Deutsches Haus
eine Minute vom Bahnhof 63298

Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt Herrmann Heintzsch
Gerbergasse 12 63293

Alpina-Uhren nur bei Fritz Hocke
Elbstraße 13 63294

Radio-Apparate — Akku-Ladestelle
Rößbach G.m.b.H., Großhainer Straße 26 63291

Drogen- und Farbenhandlung
Richard Bernwein Nachl.
Tobak: ARNO BENNEWITZ
jetzt Großhainer Straße 34 63292

Kolonialwaren, Spirituosen
und Fisch-Spezial-Geschäft
Fritz Schulze, Großhainer Straße 35 63293

Schuhhaus Gebr. Kunze
Talsstraße 21 a
Spez.: „Afriko“-Schuhwaren 63294

BRUNO KEMPE
Kaisersstraße 24
Holz- u. Kohlenhandlung, Autofuhren 63290

Musikkapparate — Platten in
jeder Preislage
Musikhaus „Der Ton“ Kleinsmuck 4 63295

Fahrrad-Gölle ist populär für Ware,
Preis, Kreuzgewehr
Lutherplatz 5 / Spez.: Sprechapparate,
Platten, Fahrräder, Motorräder, Näh-
und Wringmaschinen 63297

KOTZSCHENBRODA
Konzer- und Ballhaus
„Goldner Anker“ 63297

Sporthaus Erich Brandt
Bahnhofstraße 63298

Schuhhaus Paul Jost
Bahnhofstraße 11 (Bahnpost) 63294

H. Schandert, Bahnhofstraße 8 a
Kinotheater, Wagnersche, Löbtau 63291

O. Mödlich Nachl.
Vorwerkstraße 9
Lebensmittelgeschäft 63290

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Paul Kötter, Hauptstraße 3 63290

Spezial-Bürgeschäft
D. Steiger betreut, Raumkenn. Hauptstr. 18 63292

KAUFAUS VOSS
Dresdner Ecke Bahnhofstraße 63293

Mechan. Schuhreparaturanstalt, Lederverarbeitung M. Körbel, Bahnhofstraße 20 63294

Kolonialwaren / Grüngüter
R. FOSSAN, Pulsitzer Straße 23 63299

Schuhladen und Juwelierwaren
Bete. früher und jetzt bei
Karl "Röderberg" Unternehmerstraße 67
Ottendorf-Osollo, Nr. 19; Döbeln, Neu-
markt 4; Riesa, Blasewitzstraße 7 63210

Alfred Oelschlägel, Hauptstraße 34
Tabakfabrikte / Telefon 63284

Musikhaus Willy Bernide
Hauptstraße 40 63295

FLEISCHEREI SCHIFFNER
DRESDNER STRASSE 22 63291

Brot- und Weißbäckerei
Karl Henrichs, Dresden-E.-Str. 33 63292

Brot- und Weißbäckerei
Karl Künisch, Villnitzer Str. 10 63293

Kolonialwaren / Kantine
H. Zeller, Villnitzer Straße 26 63294

Brot- und Feinbäckerei

A. Suppler, Friedrichstraße 27 63296

Lebensmittel

Erich Werner, Oberstraße 36 63295

Kolonialwaren

Ernst Kindler, Röderstraße 16 63292

Trinkt
Meißner Felsenkeller
Cabinet 63249

Weiß- und Wurstwaren
25. Dolgi, Löffelstraße 60 63245

Fluß- u. Seefisch-Spez.-Geschäft
Richard Brockweldt, Plossenweg 12 63246

Emil Lehmann, Kirchbergstraße 14
Kolonialwaren 63249

Weiß- und Wurstwaren
A. Wippner, Nikolaistraße 4 63275

P. W. Bier, Hahnenmannplatz 12
Kolonialwaren 63297

Messow & Waldschmidt Nachl.
Adolf Sternberg, Elbstraße
Kurz-, Weiß-, Woll- und Manufaktur-
waren 63272

Optiker Wagner, Elbstr. 25
Photosapparate — Brillen-
Lieferung sämtl. Krankenkassen 63274

Walter Richter
Feinkost und Kolonialwaren
Schulzstraße 5 63277

Herren-, Damen- und
Kinder-Kleiderrobe
H. SACHS, Elbstraße 26 63278

Altestes Geschäft am Platz
Kleiner Markt 26 63278

Kleider-Winter
Kleiner Markt 26 (nein Laden) 63260

Kaiserbrauerei u. Wanderheim
Möhlener Straße 144 63277

Paul Naumann
Bäckerei- und Schuhbuchhandlung
Gorenstraße 4, gegenüber der Schule, Tel. 63214 63274

LINDENGARTEN
Friedhof der Union 3 / Auch Frühstück im
Freien — Sonntags die ganze Hallenzeit 63210

RADEBERG
Textil-Wagner
Hauptstraße 16 63287

UHREN, GOLDWAREN, OPTIK
OTTO RICHTER
Hauptstraße 60 63284

Konfektionshaus
Rudolf Lederer
Hauptstraße 43 63290

Bubikopf
Schnitt und Pflege / Neuschärf in höchster
Vollendung / Wasserkelle / Odulation
Hansformer
Paul Winkler, Böllerbahnhofstraße 2 63209

Kohlen Landesprodukte
Gustav Walther, Rathenaustr. 33 63280

Fahrer, Nähmaschinen, Sprechapparate
EMIL KUHN, Röderstraße 6 63293

Möbel- u. Linoleumhaus
Gust. Schex, Röderstraße 22 63204

Lebensmittel
Erich Werner, Oberstraße 36 63295

Groß-Ziebel
Langstraße 3
Beleuchtungssörper usw. 63205

Bierhandlung
Georg Haugens & Sohn, Elbstraße 14 63204

Kolonialwaren
Ernst Kindler, Röderstraße 16 63292

DRESDEN-OSTSACHSEN

Schuhhaus Leon
Hauptstraße 5 63262

Uhren / Goldwaren / Optik
Alfred Weiß, Hauptstraße 21 63281

Modehaus Karl Schütze
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung
zu billigen Preisen 63285

Herren- und Damengarderobe
Reparatur- und Bügelmutterstatt
Arno Ritter, Hauptstraße 40 63287

Gleisbäckerei
Max Ziegelholz, Eben
Hauptstraße 65 63292

Schäfchenhaus
Vulnitzer Straße 67 63208

Buchhandlung / Buchbinderei
F. Zimmerman & Sohn, Hauptstraße 9 63205

Velzwaren, Hüte, Mützen
Max Domashsky, Markt 8 63207

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Kolonialwaren
All. C. C. v. Friedländer 11 63206

Radeberger Fleischhalle
E. Harbner, Ritterstraße
Ede Berggasse 63207

Großküche, Konditoreien, Sprechapparate
Hugo Paul, Im Bahnhof 63216

Markt-Drogerie Otto Schumann
wird auch Sie gut bedienen! 63297

Möbelhaus und Werkstätte
Otto Thomas, Oberstraße 10 63208

Warenhaus Sieberg
Hauptstraße 34 63288

Eisenhandlung, Hauptstraße 10
C. D. Hofmann, Da. 129 u. Leine 63284

Nahmehmnen- und Fahrerathaus
H. Kügel, Hauptstraße 34 63281

Gleisbäckerei
Max Messelkmidt, Hauptstraße 21 63281

Photokaufhaus Dürr
Königstraße 6 63246

Schuhhaus Winkler
gegenüber der Post 63205

Textilatelier und Filzwaren
Joh. Rittmann, Hauptstraße 65 63296

Drogen und Farben
+ Wigand-Drogerie +
Telefon 1222 Oberstraße 2 63203

Goth. Sächsische Reiter
Oberstraße 16 63204

Radeberger Seifenfabrik
Graß Götter & Sohn
Fab. Dora verw. Götter 63207

Herren- und Damenfriseur
Herr. Liebe, Stolper Straße 11, II. Etage 63408

Federhandlung
Dits Richter, Mittelstraße 6 63201

Fahrerläder, Kraftfahrzeuge
H. Oswald, Pirnaer Straße 26 63212

Erste Radeberger Markthalle
Edmund Schmidt 63203

Schuhzentrale Radeberg
Oberstraße 9 63201

Nur dem
Geschäftsmanne
unser Geld —
Der es mit
unserer Zeitung
hält

Wir empfehlen Euch Goldftern Cigarette

4 Pf.

Cigarettenfabrik „Türkenperle“, Dresden-N.

E. Rüder, Bahnstraße 22
Herren / Mützen / Herrenartikel 63201

Rudi Hode, Bahnstraße 21
Gärtnerwaren/Großgründorf / Eigene Schleifer 63207

Albert Klunker, Drogerie
Sedanstraße (am Bahnhof) 63206

J. Dieberts, Sidonienstraße 1
Zigaretten-Spezialgeschäft 63264

Carl Friedrich & Co.
Pestalozzi, Ede Bahnstraße
Vinothek, Wurstküche, Tapeten 63207

RADEBURG
Carl Schaeffer, Großenhalder Str. 62
Vereinigte Dienstleistungsstelle 63212

Gasthaus und Fleischerei
„Zur guten Quelle“, Möhlener Straße 113 63213

Alli. Möbel- und
Baumarktvertrieb
Unter den Zäpfen 63214

Markt-Drogerie / Bruno Berg Nachl.
Prose / Kolonialwaren / Spirituosen 63211

DRESDEN-LEUBEN
Gerd

3 Fragen an alle Gewerkschaftskollegen

In den letzten Wochen hat die sozialdemokratische und Gewerkschaftspresse durch eine Schimpfanade gegen die Anhänger der Opposition in den Gewerkschaften und gegen die kommunistische Presse verlucht, das Augenmerk der Arbeiter von den vorhängnösen Auswirkungen der reformistischen Wirtschafts- und Staatspolitik ablenken. Mit diesem Geschmäck hat die sozialdemokratische Presse lediglich zum Ausdruck gebracht, wie schwer es ist, die Unterstützung der Schlichtungspolitik vor den Arbeitern zu vereidigen. Wir glauben, daß es im Interesse des proletarischen Klassenkampfes und der Gewerkschaftsbewegung liegt, besonders jetzt vor den großen Lohn- und Arbeitszeitbewegungen in den wichtigsten Industrien, ruhig und sachlich einige entscheidende Fragen der Kampfstrategie und Taktik in aller Offenheitlichkeit zur Diskussion stellen. Angeblich der Auspierungsoffensive der Industriellen, nach der Niederlage der Hüttenarbeiter, nach dem Verbot der Streikunterstützung durch das Arbeitsgericht in Dresden und der Unterstüzung der kapitalistischen Schlichtungspolitik durch die reformistischen Gewerkschaftsleitungen muß sich jeder Arbeiter die Frage stellen:

Zu welcher Weise muß die Gewerkschaftspolitik geändert werden, damit gegenüber den Angriffen der Industriellen und der Bürgerblödregierung die elementarsten Arbeitersforderungen durchgesetzt werden können?

1. Sind Kampfbündnisse notwendig?

Der Kampf der Hüttenarbeiter für Achtkundentag und Lohn erhöhung war zweifellos von außerordentlicher Bedeutung für die Stärkung oder Schwächung der Macht des Trustkapitals. Die Gewerkschaftsopposition hatte demzufolge gefordert, daß zum 2. Januar auch das Arbeitszeitabkommen im Bergbau gefeindigt wird, damit die Arbeiter der entscheidenden Industriegruppen gemeinsam und dadurch mit größerem Erfolg die Forderungen erfüllen können. Von den Vertretern des DAW wurde demgegenüber erklärt, daß zuerst die Hüttenarbeiterbewegung durchgeführt werden müsse und danach die Bewegung im Bergbau eingeleitet werden solle. Ein geschlossener und einheitlich austretendes Trustkapital wurde also eine zerkleppte Front gegenübergestellt. Es wird jedem Arbeiter einleuchten, daß eine Niederlage der Hüttenarbeiter den Kampf der Bergarbeiter ungewiss erscheint, wenn nicht überhaupt unmöglich macht. Das Ergebnis dieser Niederlagenstrategie der Reformisten war auch entsprechend: 37 Stunden Arbeitszeit für die Mehrheit der Arbeiter in der Großindustrie, Einführung der Sonntagsarbeit in Dresdner Betrieben, 2 Pfennig Lohn erhöhung. Aber es kam noch schlimmer. Nachdem sich die reformistischen Führer freiwillig den Anweisungen der Bürgerblödregierung gefügt haben, sabotierten die Industriellen sogar den Sozialabstimmungspunkt und der Arbeitsminister Brauns gab seine Zustimmung zur Hinausschiebung des Achtkundentages für 18 Großbetriebe.

Die reformistischen Führer hatten die ganze Zeit ihren Platz zum Reichsarbeitsministerium, auf die Schlichtungsquäldtore gerichtet, sie haben den Kampf vom Anfang an sabotiert, weil sie die "Wirtschaft" nicht erschüttern wollten. Diese großen "Strategen" vom DMR und ADGB glauben, daß ohne Erhöhung der ökonomischen und politischen Macht des Trustkapitals die Arbeiterforderungen durchsetzt werden können. Der Kampf in der Hüttenindustrie lehrt, daß die Industriellen zur Wahrung ihrer Interessen alle Kampfmittel einzehlen, auch wenn darunter vorübergehend Teile der kapitalistischen Wirtschaft etwas erschüttert werden; die demokratischen Illusionen überlassen sie den Reformisten. Die bürgerlich-demokratischen Illusionen sind für die Arbeiter da, mögen die Arbeiter auf die Wunder des sozialdemokratischen Stimmgeläuts hoffungen leben. Je mehr Illusionen die Arbeiter über Parlamentarismus, Wirtschaftsdemokratie usw. haben, um so leichter ist es, sie zu betrügen, um so eher ist es der Bourgeoisie möglich, mit Hilfe ihres Staatsapparates die Arbeiter an der Ermächtigung ihrer Forderungen zu hindern.

Der Ablauf zahlreicher Tatsachen der wichtigsten Industriegruppen in den nächsten Monaten sowie die zwischenparteilichen Lohnforderungen der Arbeiter einzelner Industriezweige zwingen die Arbeiter, die Löhne aus der Hüttenarbeiterbewegung zu ziehen und sich darüber klar zu werden, daß der vereinigte Kampf des Trustkapitals das Kampfbündnis der Gewerkschaften der wichtigsten Industriezweige und die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse entgegengestellt werden muß.

2. Soll der Kampf um den Acht-kundentag geführt werden, auch wenn die Schlichtungsmaschine der Bürgerblödregierung das verbietet?

Nach Aussage der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer ist im Arbeitszeitgesetz „in der Regel“ der Acht-

kundenstag festgelegt. Die Hüttenarbeiter der mitteldeutschen Stahlwerke sind der Meinung, daß trotz des Schiedspruches in der Hüttenindustrie „in der Regel“ nicht länger als 8 Stunden gearbeitet werden darf und haben deshalb nach 8 Stunden den Betrieb verlassen. Darüber herrscht große Entrüstung in der Freie der Schwerindustrie und im Arbeitsministerium. Die Arbeiter haben den Arbeitszeitorden verletzt, sie kämpfen gegen die „Staatsautorität“, man müsse die Gewerkschaften im Interesse der Staatsautorität zwingen, den Schiedspruch durchzuführen und die Unterstüzung des Arbeitszeitappells durch die Gewerkschaften verbieten, so befiehlt die Presse der Schwerindustrie. Sind das nicht dieselben Argumente, mit denen die sozialdemokratische Presse die Hüttenarbeiter am Kampfe hinderte? Schrieb nicht der Vorwärts am 4. Dezember:

Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Achtung des Staatswillens auch den Unternehmen gegenüber durchzuführen und die Durchführung ihrer Verordnung vom 16. Juli 1927 zu föhren?

Und schreibt nicht die sozialdemokratische Essener Volkswacht am 13. Dezember:

„Tatsächlich gilt es bei den Schlichtungsverhandlungen auf der Basis der Entscheidung des Reichsarbeitsministers in der Arbeitszeitfrage den Hüttenarbeitern auch einen menschenwürdigen Lohn zu sichern und den Anschlag auf Wirtschaft, Volk und Staat, den sich die Eisenlonige mit der Stilllegung drohtung erlaubt haben, abzumehren.“

Die „menschenwürdige“ Lohnzulage betrug bekanntlich 1 Pfennig, dämmerhaft, ein „armeloser“ Erfolg der reformistischen Schlichtungspolitik. Im Interesse des Schuhes der heiligen Güter der „Wirtschaft“, des „Volkes“ und des „Staates“ haben die Reformisten die Hüttenarbeiterbewegung vertraten und Arm in Arm mit dem Arbeitsminister des Bürgerblöds die Arbeiter gezwungen, sich dem Schiedspruch zu fügen. Dafür entrichten sie jetzt ebendenn den Hüttenarbeitern der Industriellen. Die Großbetriebsindustrie verlangt nun von den Gewerkschaften im Interesse des Arbeitszeitordens und der Staatsautorität die Durchführung des Schiedspruches, das heißt Maßnahmen gegen jede Arbeiter, die es entsprechend den gewerkschaftlichen Grundsätzen ablehnen, länger als 8 Stunden zu arbeiten. Als die Arbeiter der Mitteldeutschen Stahlwerke in Gröditz erklärten, wir pfeilen auf den Schiedspruch des Bürgerblöds, da wurde die von den Sozialdemokraten vertretliche „Staatsautorität“ der Hindenburgrepublik vom Trustkapital in Bewegung gebracht, das Arbeitsrecht in Dresden verbietet dem DAW die Unterstüzung des Kampfes der Metallarbeiter im Namen der „Wirtschaft“, des Volkes und des Staates“.

Die Abwertung des Kampfes in der Hüttenindustrie durch die Reformisten im Interesse der „politischen Ordnung“ und der „Staatsautorität“ und die Taufe dieser Staatsautorität in Form des Verbots der Streikunterstützung durch das Dresdner Arbeitsgericht muß jeden Arbeiter zur Verantwortung der Frage veranlassen. Ist es im Interesse der Arbeiterklasse, zum Nutzen der „politischen Ordnung“ und Gesellschaftsordnung dieser Hindenburgrepublik, auf den Kampf um Achtkundentag und Lohn erhöhung zu verzichten, oder erfordert es das Lebensinteresse des Proletariats, den Kampf um Achtkundentag und Lohn erhöhung zu führen, die Stärkung der politischen Macht des Bürgerblöds zu verhindern, die „politische Ordnung“ dieses Hungers und Zuchthausstaates zu erschüttern und zu besiegen im Interesse der Durchsetzung der Arbeiterforderungen und der Wiederwendung des Kampfes?

3. Wem dient das Schlichtungssystem?

Die Mehrheit der Arbeiterklasse will zweifellos nicht nur die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, sondern die Beseitigung der kapitalistischen Sklaverei die Beseitigung der politischen

Wählt revolutionäre Betriebsräte,

die sich gegen parlamentarische Täuschungsmanöver und jede Werkpolitik wenden. Jeder Betriebsvertreter muß kämpfen mit der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen die Unterordnung unter den staatlichen Schlichtungszwang

für einen wirklichen Massenkampf um den Achtkundentag und die Siebenstundenarbeitszeit im Bergbau ohne „Ausnahmen“ eintreten.

Herrschaft der Bourgeoisie. Es müßte selbstverständlich sein, daß wer die Bourgeoisie stützen will, nicht gleichzeitig die Stärkung der ökonomischen Macht der Bourgeoisie durch Unterstüzung der Nationalisierung u. a. fördern darf. Einzivider nehmen die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitersklasse wahr und kämpfen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Produktionskosten in der deutschen Industrie, oder sie sind der Meinung, daß eine Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter obhängig ist von der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Im letzteren Falle dürfen sie die Interessen der Arbeitersklasse nur so weit wahrnehmen, wie dadurch die „Wirtschaft“ insgesamt keinen schweren Schaden erleidet. In diesem Falle würden also nicht nur die Kapitalisten, die über die Produktionsmittel verfügen, die die Wirtschaft beherrschten, die Interessen ihrer Wirtschaft wahrnehmen, sondern auch die Gewerkschaften. Während die Unternehmer ausschließlich entsprechend ihren Klasseninteressen handeln, versuchen die Gewerkschaften unter der Bezeichnung „Vertretung der Interessen der Wirtschaft“ die Allokationsinteressen der Bourgeoisie wahrzunehmen und zugleich bis zu einem gewissen Grade die Interessen der Arbeiterschaft. Dieser Bericht auf die ausführliche Wahrung der Klasseninteressen der Arbeiter kommt darin zum Ausdruck, daß Hilfering auf dem Kieler Parteitag unter Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer erklärte, daß die Gewerkschaften die Aufgabe der „Regelung der Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft“ haben. Von diesem Standpunkt aus ist die Verbesserung des Schlichtungssystems der Hindenburgrepublik und die Unterordnung der reformistischen Führer unter die Schlichtungspolitik eine selbstverständliche Konsequenz. Der Vorwärts schrieb in diesem Sinne am 11. Januar:

„Die Aufgabe des Schlichters ist ja auch gar nicht, diese oder jene Partei rechts zu befriedigen, sondern Arbeitstreuen zu stützen, gerechte Forderungen der Streikenden durchzuführen und das alles möglichst schnell, um sonst unausbleiblich schwerere Schädigungen für die Werktagen und die Allgemeinheit zu erparaten.“

Die Schlichtungsorgane des Bürgerblöds haben also nur die Aufgabe, gerechte Forderungen der Streikenden durchzuführen, demnach wären die Forderungen auf Durchführung des Achtkundentages, die mit Hilfe des Schlichtungssystems verhindert wurden, keine gerechten Forderungen. Welche Forderungen gerecht sind, das bestimmt der Bürgerblöd-Schlichter. Clemens Körpel, ein Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB, verteidigt in folgender begeisterten Weise das Schlichtungssystem des Staatsapparates des Trustkapitals:

„Um alle Mißverständnisse auszuschließen, ist darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, die Behörden würden mit Hilfe des Schlichtungswesens einseitig gegen die Arbeiterschaften Stellung nehmen, nicht beweisbar wäre.“

Indessen darf auch nicht übersehen werden, daß unter Umständen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen sich als eine Zwangserziehung der Unternehmer zum Kollektivismus auswirken kann.

Diese Äußerungen zeigen, wie weit die Verbürgerlichung der reformistischen Gewerkschaftsführer schon fortgeschritten ist. Diese „Führer“ sind schon so weit zu Vertretern der Interessen der kapitalistischen Wirtschaft geworden, daß sie überzeugt sind, die Schlichtungsmaschine des Trustkapitals nehme nicht einleitig gegen die Arbeiterschaften Stellung. Der 2-Pf.-Schiedspruch in der Hüttenindustrie, der 2-Fl.-Schiedspruch in der bayrischen Metallindustrie, der Vorschlag des Schlichters auf 3 Pf. Lohn erhöhung in Mitteldeutschland usw. beweisen zur Genüge, daß das Schlichtungssystem ein wichtiges Mittel der Regierung des Trustkapitals ist zur Niedrigstellung der Arbeitsbedingungen. Wenn Körpel ebenfalls erklärt, daß das Schlichtungssystem eine „Zwangserziehung der Unternehmer zum Kollektivismus“ sei, so wird jeder Arbeiter mit Recht fragen, ob etwa die jetzige Auspierungsoffensive oder die Forderung der Industriellen auf Lohnabnahmen die Ergebnisse dieser Erziehungsarbeit sind. Umgekehrt scheint uns, daß Herr Clemens Körpel und seine Freunde vom Bundesvorstand des ADGB durch ihre Verbürgerlichung, durch ihre Verbesserung des Schlichtungssystems und der Arbeitsgemeinschaftspolitik den erzieherischen Einflüssen der Bourgeoisie unterlegen sind.

Die prinzipielle Stellungnahme für oder gegen das kapitalistische Zwangs-Schlichtungssystem, das ist zugleich die Stellung für die Einheitsfront mit den Kapitalisten oder für die einheitliche Kampffront der Arbeiter. Für die siegreiche Durchführung der kommenden Wirtschaftskämpfe ist die Stellungnahme aller Arbeiter zum Schlichtungssystem, insbesondere auf Grund der Erfahrungen in der Hüttenindustrie, von außerordentlicher Bedeutung. Jeder Arbeiter sollte dazu offen seine Meinung sagen und sollte sich von dieser Meinungsausweitung auch nicht abhalten lassen durch das plumpen Geschimpfe der reformistischen Führer gegen die kommunistische Presse, die angeblich die Einheitsfront der Arbeiter stört. Die Frage ist klargestellt: was für das kapitalistische Schlichtungssystem ist, unterstellt die Herrschaft des Trustkapitals und zerstört die Kampffront der Arbeiter. Man kann nicht zwei Herren dienen.

Wenn die gnädige Frau Schuhpuke ruhen möchte, könnte sie dann keinen schönen Schuh mehr anziehen? Warum müssen nicht Alle Schuhe puken? Und warum dürfen nicht Alle schöne Schuhe anziehen? Meine Hände sind rauh und hart, weil ich die Schuhe der anderen puken muß. Ich habe meine Haut für die Schuhe der anderen hingegeben, die keine Schuhe puken!

Das kann kein Mensch mit seiner Arbeit aus. Eine Gedankenlosigkeit entstand: Aber dann leste es um, so heftiger wieder ein: Ja, ja, ja: die Schuhe der gnädigen Frau sind aus meiner Haut gemacht! Ohl und nicht nur aus meiner, auch aus der Haut derer, die solche Schuhe machen und auch dafür in stinkigen Mietställen wohnen und schlechte Schuhe tragen müssen!

Anna fühlte sich plötzlich all denen nahe, verwandt und verbunden, die wie sie arbeiteten und hungrig waren, die sie bisher gleichgültig gewesen waren, die sie zuweilen sogar gehasst oder verachtet hatte. Sie stand am Treppenfenster, hatte die Arme sinken lassen und schaute in den verlorenen Abgrund des Lichtloches, der eigentlich ein Dunkelheitsloch war. Eine namenlose Angst kam über sie, daß ihr ganzes Leben solche Finsternis sein würde, solche Wohnseligkeit wie dieser dümmelige, dunkel und bodenlos hämmernde Abgrund. Angst, Bitternis, Dumpfheit und Verzweiflung kriechen auf sie hin. Die dunkle Tiefe griff nach ihr. Sie taumelte, schwankte...

Ran könnte die Geschichte der Anna Bergner so enden, wie hunderte solcher Leben in Wirklichkeit enden: mit dem taumelnden Sturz in das Nichts. In der Morgenzeitung würde man eine kleine Notiz finden: Gestern abend verunglückte ein zwanzigjähriges Dienstmädchen tödlich, indem es beim Schuhreinigen aus dem Treppenhausfenster ihrer im 4. Stock gelegenen elterlichen Wohnung in der Gendossage Nr. 175 in den Hof stürzte.

So könnte die Geschichte enden, ohne ins Romantische zu entgleiten, wie viele von den Frauen und Mädchen, die anscheinend unfreiwillig den Tod finden, ihn in Wirklichkeit gefügt haben, weil in ihr Leben zu wenig Freude und zu viel Elend gefallen war. Weil der häßliche und ungerechte Gesellschaftsapparat ihnen alle Freude und Kraft aus Leib und Seele geklaut hat. Und weil ihnen nicht rechtzeitig die Erkenntnis wurde, daß ihr Schicksal kein Einzelgeschicksal, sondern das von Millionen Lebengenossen war.

Anna Bergner wurde diese Erkenntnis, ehe aus ihrem Tauemeln ein Sturz ward. Ihr sich langsam vorneigendes Gesicht gewährte plötzlich viele, viele schwache Lichter, die ringum aus dem Dunkel des Schachtes sich entgegenstreckten. Sie fanden waren wie Hände, die ihr Hilfe ausboten.

Und die natürlicher junger Lebenswille nahm diese Hände an. Sie hielt sich am Fensterrahmen fest. Sie stützte nicht und taumelte nicht mehr. Ein beglückendes Bewußtsein überkam sie: das Glücksgefühl, nicht allein zu sein. Sie schritt den Treppenraum hinunter, trat langsam zu den Geschwistern, die sie lächelten und wärmten, als sie es je getan hatte. Denn sie fühlte in ihnen Millionen Lebengenossen. Leidens- und Kampfgenossen.

Die Schuhe

Von Heinz Eisgruber

Wie ein Mensch zum Bewegstein erwacht, zur klaren Erkenntnis seiner Lage und Rolle, die er im Getriebe des Lebens, der Gesellschaft spielt, geschieht auf tausendfach verschiedene Weise. Der kleine Anna Bergner, einem schwärmenden armen Mädchen, das Gelegenheits-Aushilfen in fremden Häusern beförgte, gelang dies Erwachen beim Schuhpuken.

Bisher hatte Anna so vor sich hingelebt, stumpf und dumpf und schlecht und recht, eingepackt in einem dichten Netz von Sorgen, Sorgen, Abhängigkeiten, Müllern und die und da einem Schnüppchen Freude von gleicher banalem Glanz. Herrschaften dienen, der Mutter helfen, die kleinen Geschwister verjagen, Kartofeln essen, in einer süßigen Dachkammer auf den erlösenden Schlaf warten und alle Monate einmal in einem armen Kleidchen und etwas schief getretenen Schuhen zum Tanz gehen; das war der graue, monotonen Kreislauf ihrer kleinen Welt.

Gestern hatte Anna eine Aushilfsstelle in einem vornehmen Haushalt bekommen. Heute stand sie in einer Kammer dieses Haushalts und pukte Schuhe. Sie „pukte Schuhe“ ist ja eigentlich nicht der richtige Ausdruck, denn es handelt sich nicht um gewöhnliche Schuhe, die man zu erst mit einer rauen Bürste abkratze, um sie dann mit Schuhcreme oder gar Schuhwachs — wie ihr Vater, der ehemals arbeitete, Geschäftsführer in einer Brauerei gewesen war — zu behandeln, und durch helle Bürsten dann zum Hochglanz zu bringen. Nein, es handelt sich um die Schuhe der gnädigen Frau. Die Schuhe der gnädigen Frau waren keine Schuhe, sondern Gedichte. Ein ganzer Regal von Gedichten, von hauchhaften, himmleren, in allen Farben leuchtenden und glühenden Kostbarkeiten. Man konnte sie mit dem Begriff „puken“ überhaupt nicht in Zusammenhang bringen; sie waren ja auch von dem Begriff „Schmuck“ weitentfernt, durch eine ganze Welt getrennt. Sie wurden nicht gepukt, sondern vorsichtig ein wenig geäschirt und gepudert und mit weitem Tuch und zartem Pinsel betupft, so wie die gnädige Frau selber auch.

Anna stand vor diesen Schuhen in der Kammer wie vor einem Wunder. Gewiß, sie hatte schon herliche Schuhe gesehen, ähnlich dem Japanerleder, mit bunten Steinen besetzten, den sie gerade in den Händen hielt. In den Schaukästen der Schuhläden. Und auch gestern, als die Tochter der gnädigen Frau ihr Unterricht im Behandeln der Wunderdinge an Hand eines grünbläulichen Schlangenhaut- und goldgelben Goldschnürrüschen gab. Sie wußte auch, daß es reiche Menschen gab, die sie etwas kaufen und tragen durften.

Aber sie hatte niemals daran gedacht, daß es Menschen gab, die diese Kostbarkeiten gleich zu Dutzenden deluxen. Diese Tatsache drang im Angesicht der Nähe und Greifbarkeit dieser Herrlichkeiten so heftig auf sie ein, daß sie verwirrt und ganzlich aus dem Gleichgewicht geworfen daran stand. Sie kann darüber nach, wozu man so viele Schuhe brauchen kann. Sie wußte nichts von den Geplaudereien der Gesellschaft der Reichen, nichts von den Regeln, die sie sich gleich Karnevalsspielregeln ge-

geben hatten und gleich göttlichen Geschenken achteten. Sie kannte dieses Spiel derer, die Geld und also Zeit hatten, nicht und verstand nicht, daß man mehr Schuhe haben und brauchen könne, als ein Paar, das für den Alltag und die Arbeit und ein Paar besser für den Sonntag und Tanz. Und so wachten Hart, dumf und vergebens diese zwanzig Paar golden und bunt glitzernder Wunderchuhe an ihre stumpfe Phantasie.

Anna schrie aus ihrer Verunsicherheit auf, als sie die Stimme der Tochter hörte, und begann in fiebhaftem Erregung zu kantieren. Sie wußte nicht, ob sie sich freuen oder ob sie weinen sollte. Sie hörte sich gerne vor die Schuhe auf den Boden gelegt, nur um sie standhaft an anzuhauen. Oder noch lieber hätte sie alle angezogen.

Sie schlüpfte auch einmal schnell in einen hinein mit ihrem rechten Fuß und wanderte sich, daß sie plötzlich solche zarten häbischen Fuß hatte. Als sie ihn wieder herauszog, hatte sie ein Gefühl, als würde ihr die Haut heruntergezogen. Ihre eigene Haut. Und ein Gedanke schob sich durch den Kopf: diejenige Haut, ja aus deiner Haut gemacht.

Das ist natürlich ein sehr dummer Gedanke, dachte Anna und ordnete eifrig weiter. Und dummen Gedanken nachzuhängen, hätte sie keine Zeit. Sie magte Geld verdienen und ließ sich kein. Es war ja nicht viel, was sie verdiente, gerade genug, um nicht zu verhungern. Um so weniger durfte sie das Wettgegners als Spiel sehen. Und sie schminkte, puderte und beäugte selbstvergessen die zwanzig Wunderchuhe der gnädigen Frau.

Als Anna spät abends nach Hause ging, schwieben ihr bei jedem Schritt, den sie tat, Gold und Silber, Schlangenhaut und Kroko Bilder, über Stola und Seide nachzudenken. Da kam man spät von der Arbeit nach Hause und mußte dann den eigenen vernachlässigten Haushalt in Ordnung bringen, mußte kochen, wachsen, häkeln, segen, rechnen und lügen.

Auch Anna kostete an diesem Abend; dann wußte sie noch Strümpfe, stützte eine Bubenholze und dann

Dann pukte sie die Schuhe. Schuhe aus Hartem, rüsigem Leder, verbeult, alt und geschrägt. Sie stand am Treppenhausfenster und fuhr mit einer dicken B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Oberlausitz

EIBAU		NEUDERSDORF		OLBERSDORF	
Pfeisch- und Wurstwaren Hermann Lange, Bürgerweg 46 63351	Adolf Schuster, Albertstraße 89 Spezialhaus für Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung / Ausstattung nach Maß / Größtes modernes Modellager / Denkarbeit billigte Preise 63420	Kurt Usemann Weststraße 2 Kohlen / Briketts / Muskator Geißelgutfutter 63427	Fleisch- und Wurstwaren Reinhold Schuster, Schulstr. 16 63435	Hedwig Ullrich / Lebensmittel Oberdorf 330b 63244	
Fleischerei und Gastwirtschaft Bruno Koch, Hermannstraße 6 332	Bierhalle „Stadt Zittau“, Georgswalder Str. 2 empfiehlt sich der Arbeiterschaft seine Lokalität! 63411	Reinhold Röthig, Friseur Carolastraße 48 63428	Lebensmittelhaus Martin Gläming Hauptstraße / Albertstraße 63436	Heinrich Zückert, Fleisch- und Wurstwaren Oberdorf 341b 63245	
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechapparate, sämtl. Ersatzteile, eigene Reparaturwerkstatt, Gustav Donath Schulstraße 302b 63393	Friedrich Sachse Pfeischwaren / Käse u. Mützen Hauptstraße 47 63429	C. Jel. Wünster, Schneider, Hauptstr. 14 Bietet Dienste und billig Werkstatt 63423	Hotel „Stadt Zittau“ Gefüllte mit überzeugendem Preis Sollte jedem Arbeiterschaft zu empfehlen 63427	Walter Kluge Fleischerei und Restauration Oberdorf 224 63246	
Oberlausitzer Kreisheimat Ballsaal, Vereins- u. Fremdenzimmer empfiehlt sich der Arbeiterschaft A. Hohmann, Hauptstraße 2 63354	Reinhard Hamann, Fichtestr. 20 S-Ölhuusarengeschäft eigene Reparaturwerkstatt, große Werkstatt 63425	Reinhard Röthig Größtes Spezialhaus f. Damen-, Herren- u. Kinderbekleid., Büro- lager, Anfertigungen, Matz, Altbilligste Preise 63427	Familie Fritz Schöbel 63438	Wih. Schuster / Bäckerei Oberdorf 59 63248	
Wollwaren, Trikotagen und Kurzwaren Anna Reisner, Hauptstraße 33 63355	Lichtanlagen / Beleuchtungskörper, Radio sowie sämtl. elektrische Artikel Hermann Schackert Carolastraße 6 63426	Dutschkes Kaufhaus Hauptstraße Rosenthaler Straße 2195 Antikes und schönes Leder in Eisschuppen, Dose, Kästen und Kochgeräten / Luxuswaren / Dose, Geschenkgeschäfte, usw. / Geschäftsprinzip: Verkauf v. Waren nur einer Firma 63430	Georg Pilkowski Goldschmiedemeister Hauptstraße 43 63437	Germania Langen / Seine Fleisch- und Wurstwaren / Fleiburg 3212 63249	
Th. Lehmann Blaubärnhandlung, Haush- und Kochgeräte in großer Auswahl Hauptstraße 302 63355	Lebensmittelgeschäft Alma Hünlich Gartenbau- und Kranzbinderel ★ Alwin Hünlich 63356	Kreuz-Apotheke + Neugersdorf Hauptstraße 63431	Emil Johnel / Lebensmittel- und Milchgeschäft / Fleiburg 3224 63250	Max Hoffmann / Brot- und Feinbäckerei Niederdorf 322C 63251	
E. Julius Neumann jr., Bahnhofstraße Kleider, Mäntel, Wäsche, Bettfedern, Gardinen, Decken Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme 63357	Brot-, Weiß- und Feinbäckerei Fritz Eberhardt Albertstraße 56 63358	Oberlausitzer Wurstwaren-Fabrik Robert Kaiser, Hauptstraße 11 63437	Hermann Rothmann / Fahrrad- und Maschinenbaufabrik / Oberdorf 193 63249	Axles Skoda, Oberdorf 172 Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 63241	
Kohlen, Briketts W. Wünsche Spedition 63358	Hotel Kreitscham Großer u. kleiner Saal große Vereinszimmer sowie Terrasse empfiehlt Reinhard Zösel 63560	A. WÜNSCHE Mineralwasserfabrik Landeskron-Bierverlag 63314	Karl Liebmann Motor- und Fahrradhaus @ Autovertrieb Fornappr. 2319 Rosenstraße 13 63304	EMILIE GONNERT, NACHF. WARENHANDLUNG, Hauptstraße 32 b 63240	
Uhren und Goldwaren ADOLF KRIEGEL, Hauptstraße 63359	Herbert Budde, Mäz- und Konfektionsgeschäft, Hauptstr. 124 63570	Richard Wünsche, Friseur Hermann-Wünsche-Straße 165 63367	Paul Micklisch, Nr. 74 Materialwaren 63235		
Kolonialwaren, Grün- und Porzellanwaren, Weine, Spirituosen, Delikatessen, Firma Reinhard Röthig Inh. E. Röthig, Hauptstraße 203 63340	Gasthaus „Zur Ameise“ billiger Ausflugsort, Ballsaal, Vereinszimmer Alpenstube und schmiediger Garten Bes. Gew. Schneider, Hauptstraße 239 63361	KOLONIALWAREN Spez.: Klemm-Kaffee Arthur Wagner, Georgswalder Straße 784a 63377	Marie Einbauer / Kolonialwaren Hauptstraße 84 63237		
Fleischerei und Gastwirtschaft Emil Schulze, Grenzstr. 208 63362	Selma Klein LEBENSMITTEL Spez.: Kleidete deutsche u. dänische Tafelbutter Lutherkirche 166 63373	Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Stäbchen Alfred Börner, Markt 63378	Gustav Richter, Hauptstraße 409b Brot-, Weiß- und Gebäckerei 63234		
Steudiners Möbellager Eibau 63363	Restaurant Brennerei mit Fleischerei Ober-Görlitz, Mühlstraße 68 63374	Deutsches Café empf. seine Lokalitäten Paul Schuster, Hauptstraße 132 63375	Taubmann's Restaurant Mitteldorf 136 63247		
Lebensmittel-Haus Gustav Hauptmann, Hauptstraße 202 63364	Reinhard Röder, Zollstr.-u. Wollwaren Wittenberg-Straße, Oberdorf 63365	SEIFHENNERSDORF	Fleisch- und Wurstwaren Herrn. Storch, Reinhard Röder Landwirtschaftliche Verkaufsstelle Schulstraße 931b 63379		
Fisch-, Grünwaren, Delikatessen Paul Heinke, Hauptstr. 321 63419	Fr. Ernst Paul jr. Zollstraße Damen-Konfektion u. sämtliche Textilwaren 63264	Hotel und Café zum Kreitscham Ballsaal • Große Vereinszimmer Großes Gelände für Veranstaltungen 63366	Gasthaus Rellini Berufs- und Arbeitskleidung 63203		
Fleisch- und Wurstwaren Franz Januszak, Hauptstraße 63346	Riemperci, Haush- und Küchengeräte Gustav Dehner, Hauptstr. 578 63265	Fahrräder / Näh-, Wasch- u. Reinigungsmittel Kolonialwaren / Fachwaren / Spirituosen und Wein Emil Wilhelm, neben Kreitscham 63266	Alwin Hempel Kartoffeln, Obst und Gemüse Marktplatz 63384	Paul Gutschke Fleisch- und Wurstwaren 63238	
EIBAU-WALDDORF	Restaurant zur Kanone Inh. Bartsch verw. Marschall — Vorzügliches Mittagsstück — 63268	Fleisch- und Wurstwaren Paul Matthias, Hauptstraße 148 63267	Stadt Leipzig empfiehlt sich der Arbeiterschaft Martha Harnapp, Hauptstraße 63385	Linke Elektro-, Koch- und Küchengeräte 63345	
Kreitscham-Walddorf empfiehlt Konzert- und Ballsaal sowie Gesellschaftssaal, Vereins- und Fremdenzimmer Frau verw. Weise 63365	G. Schmidt, neben der Kirche Spezialgeschäft für alte- u. nach. Süßwaren 63269	Gehänder / Küchengeräte Herrn. Stolle, Am Bahnhof Hermann Frey, Hauptstr. 314 63267	Fleisch- und Wurstwaren Richard Franz, Str. 193 63261	Adolf Goldberg Brot-, Weiß- und Feinbäckerei 63238	
Gasthaus Friedensfelde Vereinszimmer, Garten Nr. alle Veranstaltungen HELMANN ADAM 63366	Fleisch- und Wurstwaren Mag. Neumann, Leutersd. Str. 730 63262	Restaurant zur Linde, Alte Zollstr. 22 empfiehlt sich der Arbeiterschaft Andreas Lehmann 63263	Uhlen / Goldwaren Hildegard Conrad, Hauptstraße 660 63260	Adolf Neumann Bäckerei / Lederwaren und Kleidung 63237	
KONIGSHAIN	Julius Böhme / Klosterglocke Ranuaufaktur in art II 63269	OSTRITZ	Konrad Sprenger, Pradestrasse 84 Hut-, Mützen- u. Filzwarenlager 63240	Alwin Jähne Kolonialwaren und Brotfehnerbrot 63360	
ERNST SCHOLZE Rohsalat, Drogen- u. Rüttelwaren / Nr. 51 63266	Konfektionshaus S. Wöhle Edm.-Kretzschmar-Str. 198, Tel. 227 63260	EDUARD STRIETZEL, Kolonial- und Tabakwaren, Delikatessen, Süßigkeiten 63247	Alfred Kreuse, Edm.-Kretzschmar-Str. 196 Böttcher / Holz- und Lederwaren 63279	Chr. Günzel Schuhwaren und Reparaturwerkstatt 63361	
Großhofschaft und Fleischerei Max Dreßler / Nr. 66 63265	Max Schebol, Kolonialwaren und Feinkost Görlitzer Straße 135 d 63241	Max Müller, Markt 86 Fleisch- und Wurstwaren 63248	Robert Buder, Edm.-Kretzschmar-Str. 250 Brot- und Papierhandlung / Buchbinderei 63260	Max Schuster Brot- und Weißbäckerei 63232	
MAX POHL Bäckerei und Kolonialwaren / Nr. 184 63295	Reichold Zimmer, Spezialhaus für Speck- und Ziegl-Instrumente (Heimwerker), Markt 96 63242	Hermann Schulte, Konditorei, Böttcher Bachstraße 243b 63249	H. Muschler Nacht, Inh. B. Springer Warehandlung / Edm.-Kretzschmar-Str. 191 63244	Oswald Knoth Brot- und Weißbäckerei 63260	
Gerichtskreisheimat Königshain 63300	Gerd. Bruna, Görlitzer Straße 169 63243	Rich. Mayer Schuhwaren-Repar. Prädstrasse 95 63244	Bäckerei Walter Geißler Klosterstraße 4 63245	Max Trenkler Fahrerder bürgerl. Eigene Fabrikation Laubsdorf 63260	
Medwig Jung Brot- und Weißbäckerei 63267	Kolossalwaren Emil Hahmann, Zittauer Str. 10 63294	Fritz Richter Görlitzer Straße 124 Maschineriewaren und Konditorei 63237	Zindros Sommerich, Klosterplatz 15b Kolonialwaren 63246	Gerd. Rudolph Kolonialwaren Drogen und Farben Nr. 11b 63263	
Bergschänke Inhaber: Ferd. Heidrich 63268	Richard Riccius Gärtnermeier, Görlitzer Straße 179 63248	Wih. Hermann Dörrn-Str. 212 Schuhwaren- Fabrik 63263	Frieda Mauermann, Klosterstr. 15 Brot- und Weißbäckerei 63277	E. G. Deutscher Nachl., Rudolf Salchow Kattengroßbäckerei, Kolonialwaren-Urzweier Fornappr. 30 (330) 63242	
Richard Primazek Bäckerei / Inhaber: Richard Primazek 63269	Otto Göhde, Inh. M. Göhde Schuhwaren und Reparaturen 63247	Paul Schwerdiner Markt 43 Uhren, Gold- und Silberwaren 63248	Hans Bartels Seinen und Baumwollwaren Str. 21. 304b 63248	Hans Bartels Seinen und Baumwollwaren Str. 21. 304b 63248	
Reinhard Böhm Fleisch- und Wurstwaren / Nr. 148 63268	J. Reimer, Görlitzer Straße 229 Uhren- und Möbelwaren 63248	Gustav Güller Inh. Harry Blackburn Manufaktur- und Modewaren 63262	Richard Günzel, Markt 7 Kolonialwaren 63266	Carl Gustav Glinke Drogen / Farben / Lacke 63264	
Max Wildner Brennholzwaren und Textilwaren / Nr. 62 63211	Karl Rößler, Görlitzer Straße 142 Herrn., Mützen und Pelzwaren 63245	C. Wiesenbüttler, Görlitzer Str. 107 Fahrradhause 63261	Max Hempe, Markt 299 Brot- und Weißbäckerei 63268	Gustav Döring Bäckerei / Kämmelchen / Geschobenwaren 63260	
Gasthof und Fleischerei Zum Kühnen Grund 63268	Edm. Berthold, Görlitzer Str. 110 Herrn. und Kämmelchen / Käse und Porzellan 63260	Felix Richter Herrn. und Kochwaren Görlitzer Straße 111 63264	Oskar Fritsche, Neustadt 10. Sattler- und Holzwaren, Textil- und Kolonialwaren 63269	Paul Zählig Brot- und Weißbäckerei 63260	
Max Schubert Schuhwaren und Reparaturen 63210	JOHANN KLAUS Metzgereihandlung 63260	Schützenhaus Inhaber der Arbeiterschaft in Lokalitäten Bautzner Straße 31 63265	Em. Richter & Sohn, Bautzener Str. 57 Feste Fleisch- und Wurstwaren 63265	FRIEDERSDORF	
			Relafo'd Steudtner Lebensmittel 63265	Kretscham u. Fleischerei Nr. 36 63260	
				EMIL KADE Materialwaren Nr. 9 63261	